

Bezugspreis: Vierteljahr 60.- M., monatlich 20.- M. bei ins Haus, voraus zahlbar. Post- bezug: Monatlich 20.- M., viertel- jahrlich 60.- M. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Krimgebiet, sowie für ehemals deut- schen Gebiete Polens, Osterrück- lingen und Bulgarien 24.- M., für das übrige Ausland 22.- M. Post- bezugungen nehmen an Österreich, Litauen, Lissabon - Osmar, Bismarck, Holland, Kurland, Schweden und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Wort und Tat“, der Unter- haltungsbeilage „Demokrat“ und der Beilage „Stellung und Meinungen“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einseitige Raumvergröße- rung kostet 12.- M. „kleine Anzeigen“ das (zweizeilige) Wort 2.- M. (zu- lässig zwei (zweizeilige) Wörter), jedes weitere Wort 1.- M. (zweizeilige) und Schlüsselanzeigen das erste Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M. Wörter über 15 Buchstaben zählen für zwei Wörter. Familien-An- zeigen für Ehrenzeiten 5.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro, Berlin, G. B. 98, Linden- straße 2, abgegeben werden. Gedruckt von 5 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15193-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 8. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expeditions und Zentrale-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Deutschland und der Wiederaufbau.

Eine Ansprache des Reichspräsidenten Ebert.

Bei dem Feste, das heute abend im großen Saale des Zentraltheaters in Leipzig von der Zentralstelle für Reichspräsidenten der Leipziger Messe zu Ehren des Reichspräsidenten, der Reichsleitung, der Vertreter der Einzelstaaten und der übrigen Gäste veranstaltet wurde, nahm der Reichspräsident Gelegenheit, in Erwiderung auf die Begrüßungsansprache des Geheimen Kommerzienrats Dr. Philipp Rosenthal eine Rede zu halten, die folgenden Wortlaut hatte:

Bei unserem heutigen Rundgang durch die Messehäuser Leipzigs ist wohl allen Teilnehmern unauslöschlich der tiefe Eindruck von der Tatkraft des wertvollen Deutschlands geblieben, von seinem unerschütterlichen Willen, sich durch Arbeit seine Freiheit wieder zu erkämpfen. Die Leipziger Messe von heute ist für uns mehr als eine Einrichtung für den Warenaustausch; sie ist ein Spiegelbild unserer schaffenden Arbeit, ein Gradmesser für den Stand der wirtschaftlichen Produktion. Das Bild, das wir hier von unserem wirtschaftlichen Leben sehen, ist gewaltig; in tausenden Verkaufsläden hängen sich die Muster bester Qualitätsware, bewährten deutschen Gewerbes, hochentwickelter moderner Technik. Unser aller Wunsch ist, daß dieser gewaltige Eindruck sich in der dauernden Wiederaufbau unserer Wirtschaft ausdrücken möge.

Herr Geheimrat Rosenthal hat uns soeben sachverständig die Notwendigkeit verstärkten Exports auseinandergesetzt. Das ist zweifellos richtig. Deutschland, das für den Bezug von Rohstoffen und Lebensmitteln auf das Ausland angewiesen ist, kann wirtschaftlich nur dann gedeihen, wenn es ihm gelingt, durch die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen sich wieder Guthaben im Ausland zu verschaffen. Aber die Erreichung dieses Zieles ist aus Gründen, die nicht an uns liegen, schwer, und weit sind wir noch von ihm entfernt. Die Tatsache, daß in den letzten zwei Monaten der Wert unserer Ausfuhr den unserer Einfuhr übersteigt, unsere Handelsbilanz also in geringem Ausmaß aktiv geworden ist, darf uns nicht zu übertriebenem Optimismus Anlaß geben; denn diese Aktivierung unserer Handelsbilanz beruht nicht auf gesunden und natürlichen Vorgängen, sie ist in der Hauptsache auf den in den letzten Monaten eingetretenen

starken Rückgang der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen zurückzuführen. Eine dauernde und anhaltende Aktivität der Handelsbilanz kann aber nur aus einer gesunden und natürlichen Entwicklung der Volkswirtschaft hervorgehen.

Für diese gesunde Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft sind bei uns alle Voraussetzungen gegeben — Arbeitswille und Fleiß, Leistungsfähigkeit und Erfindungsgeist, moderne technische Entwicklung und hohe Qualitätsarbeit. Mit Befriedigung können wir auch feststellen, daß durch Anspannung aller Kräfte unser Wirtschaftsleben nicht unbeträchtliche Fortschritte aufweist. Die erste Quelle unserer Kraft, die Steinkohlenförderung, zeigt im letzten Jahre mit 136 Millionen Tonnen einen kleinen Fortschritt gegenüber dem Vorjahre mit 131 Millionen Tonnen; sie weicht zu steigen, wird unsere wichtigste Aufgabe der Zukunft sein. Die Eisen- und Stahlproduktion hat sich gegenüber dem

Vorjahre ebenfalls gehoben. Unser Verkehrswesen hat sich gleichfalls günstig weiter entwickelt, wenngleich der Eisenbahnverkehr der letzten Wochen hier wieder einen Rückschlag gebracht hat, unter dem fast alle Zweige der Industrie auch jetzt noch leiden. Aber alle gesunden Kräfte, die in unserem Volke leben, und die an sich geeignet sind, uns der Gefundung zuzuführen, können sich nicht frei entfalten; sie werden

niedergehalten durch die schweren Lasten,

die dem geschwächten und verstümmelten deutschen Wirtschaftskörper durch die Verpflichtungen des Versailler Friedensvertrages auferlegt sind. Ich brauche hier im Kreise wirtschaftlicher Sachverständiger die finanziellen Lasten, die auf unseren Schultern ruhen, und die Folgen, die sie für uns haben, nicht darzulegen; Sie kennen ja alle die Schwierigkeiten und Nachteile, die dem deutschen Wirtschaftsleben erwachsen sind durch den ungünstigen Stand unserer Währung, durch die unbestimmten Schwankungen in der Bewertung unseres Geldes im Ausland, durch die Zweifel des Auslandes an unserer Kreditwürdigkeit, hervorgerufen durch die ungewisse finanzielle Lage des Reiches. Es ist Ihnen bekannt, daß die Reichsregierung dem Obersten Rat der Siegerstaaten offen erklärt hat, daß Deutschland bei bestem Willen und ernstlicher Bemühung

Ermäßigung der uns in London auferlegten Zahlungen

beanspruchen muß. Wir haben durch die Tat unseren ersten Willen gezeigt und alle Gründe, die die Unmöglichkeit dieser Erfüllung dar- tun, unnummern mitgeteilt und haben auch den Eindruck gewonnen, daß die Erkenntnis ihrer Richtigkeit und die Auffassung in weiten Kreisen des Auslandes Boden gewonnen haben, die Fort- setzung des Krieges auf dem Gebiet der Wirtschaft könne nur Unheil bringen für ganz Europa. Wir wollen auch jetzt noch hoffen, daß es gelingen wird, die großen Schwierigkeiten, die unsere wirt- schaftlichen Kräfte an ihrer Ausübung hemmen und die nicht nur ein Hindernis der deutschen Wirtschaft, sondern der Welt- wirtschaft überhaupt sind, im Wege der internationalen Verständigung zu beseitigen und das große Problem

der Welt wieder Ruhe und wahren Frieden zu geben,

zu lösen. Die bevorstehende Konferenz in Genoa möge dafür vor- bereitende Schritte tun. Jedenfalls sind wir für unseren Teil bereit, aufrichtig und ehrlich an dieser Aufgabe mitzuarbeiten.

Meine Herren! In der Reihe der Tatsachen und Ereignisse, welche der wirtschaftlichen Verständigung der Völker dienen können, ist die Leipziger Messe nicht das letzte und nicht das unwichtigste Glied. Hier treffen sich die Kaufleute der ganzen Welt, hier wird Angebot und Nachfrage der Völker ausgeglichen, hier kommen im friedlichen Wettbewerb In- und Ausländer im großen Umfange zusammen. So ist die Leipziger Messe, die auf eine mehr- hundertjährige Geschichte zurückblicken kann, immer ein wichtiger Faktor gewesen für die wirtschaftliche Verständigung der Völker und heute ist sie mehr als dies; sie ist Schrittmacher und Vorkämpfer für die Wiederherstellung der Weltwirtschaft. In diesem Sinne gilt ihr und Ihren Veranstaltern mein Gruß; in dieser Hoffnung gelten Ihnen der Reichsregierung und meine Wünsche.

Seeleute und Internationales Arbeitsamt.

Paris, 7. März. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittags hat in den Räumen des Unterstaatssekretariats für die Handelsmarine unter den Auspizien des Internationalen Arbeitsamtes eine Tagung der paritätischen Kommission bestehend aus Vertretern der Arbeiter und der Seeleute begonnen. Auf der Tagesordnung dieser Konferenz stehen vier wichtige Fragen:

1. Das internationale Statut der Seeleute.
2. Die Versicherung der Seeleute gegen Arbeitslosigkeit.
3. Die Arbeitsstunden auf hoher See.
4. Der Gesundheitschutz der Seeleute.

Als Vertreter der Arbeiter nahmen an der Konferenz teil: Declers (Belgien), Horl (Japan), Laws (England), Norberg (Schweden) und Kobh (Kanada). Als Vertreter der Seeleute: Döring (Deutschland), Giulelli (Italien), Kleisen (Norwegen), Rivelli (Frankreich) und Havelod Wilson (England). Die Delegierten des Internationalen Arbeitsamtes sind: Als Vertreter der Arbeitgeber Robert Pinot (Frankreich) und als Vertreter der Arbeitnehmer Leon Jouhaux (Frankreich).

Vor der Sachverständigenkonferenz.

Paris, 7. März. (G.F.) Zu den Beratungen der Finanzminister, die morgen in Paris beginnen sollen, schreibt der „Temps“: Von französischer Seite liegt ein Antrag vor, alle Zahlungen Deutschlands für die Jahre 1921 und 1922 gesondert zu behandeln. Dem steht bekanntlich der Wunsch Englands entgegen, die

Verteilung für die beiden Jahre vorzunehmen. In der letzten Zeit, schreibt der „Temps“, ist ein Einvernehmen darüber getroffen worden, daß von der ersten deutschen Goldmilliarde 500 Millionen für die englischen Besatzungskosten und 140 Millionen für die französischen Besatzungskosten aufgewendet werden sollen. Der Rest verbleibt für die belgische Priorität, ausgenommen die Summe von etwa 30 Millionen Goldmark, die in Italien aufbewahrt werden und diesem zufallen sollen. Bezüglich der Saarbergwerke wünscht Frankreich, daß man deren Wert zwar als ein Kapital ansehe, das auf das Kreditkonto Deutschlands gebucht werden solle, nicht aber als laufende Zahlung, die Frankreich für das Jahr 1921 anzurechnen wäre. Wenn dies geschähe, würde Frankreich von der ersten deutschen Goldmilliarde überhaupt nichts erhalten und für seine Auslagen für den Unterhalt seiner Besatzungskosten mehr zu zahlen haben als England. Hinsichtlich der Bestimmung der Höhe der Besatzungskosten wünscht Frankreich, daß nicht für die einzelnen Mächte eine Pauschale festgesetzt werde, sondern, daß die Besatzungskosten im Verhältnis der Zahl der einzelnen Besatzungs- heere verteilt werden. Einen dreiten Raum in den Erörterungen wird das Wiesbadener Abkommen einnehmen. Von den unlängst in Berlin zwischen Bismarck und der deutschen Regierung getroffenen Abmachungen will Frankreich nicht viel wissen. Man zieht hier das Wiesbadener Abkommen vor, weil es Frankreich nicht nur höhere Summen in Gestalt von Sachlieferungen zugesichert würde als das Londoner Ultimatum, sondern auch einen Kredit von deutscher Seite verschaffen würde, der erst nach zehn Jahren zurückzahlen wäre. Im übrigen regt der „Temps“ die Forderung einer großen internationalen Anleihe sowie Schuldverschlag unter den Alliierten an.

Hohe Kohlenpreise.

Von Steiger G. Werner.

Den Vertretern der Arbeitnehmer des Bergbaues im Reichskohlenrat wird gar oft der Vorwurf gemacht, sie bewilligen die von den Unternehmern geforderten Kohlenpreise, um höhere Löhne herauszuschlagen. In internen Auseinandersetzungen, in denen man von uns verlangte, im Interesse der kohlenbrauchenden Arbeitnehmerschaft die Kohlenpreiserhöhungen abzulehnen, haben wir erklärt, dann bleibe uns keine andere Wahl, als die Mitarbeit im Kohlenwirtschafts- körper einzustellen. Entweder man vertritt die Lohnfor- derungen, ohne Rücksicht auf die dadurch bedingten Preise und lehnt konsequenterweise die Mitarbeit bei Preisfestsetzungen ab, oder aber man besitzt den Mut, den durch Lohnforderung notwendig gewordenen Preiserhöhungen auch zuzustimmen. Sobald aber dieses Ultimatum von uns gestellt worden war, verstummten die Vorwürfe.

Nun ist neuerdings wiederum eine ganz erhebliche Preiserhöhung für Kohlen eingetreten. Gegen diese Erhöhung haben die drei Vertreter der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer im Bergbau und der freigewerkschaftliche Verbrauchervertreter gestimmt, während die Vertreter aller anderen Richtungen den Preiserhöhungen zugestimmt haben. In der bisherigen Preispolitik des Reichskohlenrats ist eine Aenderung eingetreten, die wir nicht mehr mitzumachen in der Lage sind. Bisher haben wir stets rein rechnerisch verfahren, uns darüber Klarheit zu verschaffen, ob der Bergbau die geforderten Preise benötige oder nicht. Diesmal sind uns die Forderungen zu hoch erschienen. Außerdem aber sind diese letzten Preisforderungen ein Vorstoß der Unternehmer, um den Abbau der Gemeinwirtschaft im Bergbau in die Wege zu leiten. Es ist eine Kampfansage von der allgerühmten Wichtigkeit.

Wer sich ein Urteil über die Kohlenpreise erlauben will, muß sich mit den Produktionsziffern und Produktionskosten des Bergbaues befassen. Im Reichskohlenrat, in dem die Beratungen über die Preise sehr sachlich geführt werden, ist stets mit Zahlen operiert worden, deren Nachprüfung und Beurteilung nicht sehr einfach ist. Bei Preisfestsetzungen handelt es sich um Preise, die erst in der Zukunft Geltung haben. In Zeiten gleichmäßigen Geldwertes kann man die Verhältnisse der vorausgegangenen Zeiten ohne weiteres als Grundlage für die Zukunft benutzen. Heute aber liegen die Dinge anders.

Heute muß man die für die Zukunft in Betracht kommen- den Faktoren schätzen. Zur Beurteilung gehören: die Pro- duktionsziffern des Bezirkes, die Zahl der beschäftigten Ar- beiter und Angestellten und der von ihnen verbrauchten Schichten, der Durchschnittsverdienst, die Leistung pro Mann und Schicht, der Selbstverbrauch der Werke an Kohlen, der Verbrauch an Materialien, die Kosten der Materialien, die sonstigen Unkosten, wie Beiträge zur Knappschafft, Handels- kammer usw., Steuern, öffentliche Lasten, Bergschäden.

Alle diese Unterlagen aus nur halbwegs genau festzu- stellen, wäre schon an und für sich nicht so ganz leicht, wenn alle Werke bemüht wären, diese Unterlagen zu liefern und die Sammelstelle zu unterstützen. Die Unternehmer aber haben gar kein Interesse daran, die Ermitt- lung dieser Unterlagen zu fördern. Ihnen ist die ganze Einrichtung der Gemeinwirtschaft ein Dorn im Auge, und man wird das Gefühl nicht los, daß manche von ihnen versuchen, möglichst Unklarheiten über alle diese Dinge zu schaffen.

Trotzdem gibt es für den Fachmann eine ganze Reihe von Anhaltspunkten, um die durchschnittlichen Selbstkosten, besonders in normalen Zeiten, ziemlich genau festzustellen. So waren die vorhin genannten Einzelheiten der Unterlagen in der Vorkriegszeit sehr genau bekannt. So sprach man vor dem Kriege davon, daß im Ruhrgebiet bei einem Durchschnittserlös von 11 M. pro Tonne 6,60 M. für die Abfuhr, 3,30 M. für alle sonstigen Ausgaben einschließlich der Abschreibungen und 1,10 M. für Gewinn ausgegeben werden.

Diese Grundlagen haben sich nun ganz erheblich verschoben; warum, braucht nicht näher erörtert zu werden. Man ist bei der heutigen Preisermessung daher auch nicht von diesen früheren Unterlagen ausgegangen, sondern man hat den vorhandenen Preis zur Grundlage genommen und bei jeder Preisneufestsetzung dann geschätzt, wie hoch sich die Mehrbelastung stellt. Vom Reichswirtschaftsministerium und vom Reichskohlenverband wurden dann Stichproben genommen, um festzustellen, ob und wieviel Fehler unterlaufen seien. Die Ergebnisse dieser Stichproben wurden verschieden gewertet. Die Unternehmer behaupteten, sie kämen zu kurz, die anderen Stellen glaubten dagegen, die Bewilligungen seien genügend. Daher ist auch bisher fast immer von Verbrauchern und Arbeitnehmern einstimmig den Preiserhöhungen zugestimmt worden.

Von uns Arbeitnehmern im Bergbau ist auch verschiedent- lich den Unternehmern recht gegeben worden, wenn das Reichswirtschaftsministerium die Preiserhöhungen beschränkt hat. Wir glaubten, nicht die Verantwortung dafür überneh- men zu können, daß dem Bergbau nicht die genügend Mittel

gewährt werden; im dem Punkte jedoch auf der Höhe zu halten.

In den letzten Monaten hieß es nun, die Kohlenpreise müßten dem Weltmarktpreise auf Grund der Entente-forderungen angeglichen werden. Diese Forderung deckt sich mit Wünschen von Stinnes und einigen seiner Freunde, von denen der gleiche Gedanke schon bisher unter-stützt worden ist. Gleichzeitig wurde bekannt, daß die Kohlen-steuer von 20 auf 40 Proz. erhöht wird. Diese Erhöhung brachte die Frage ins Rollen, wie weit wir unsere Kohlen-preise aufbessern können, um sie dem Weltmarktpreise anzu-gleichen. In einer vom Reichskohlenrat eingesetzten kleinen Preiskommission wurde von der Geschäftsleitung eine Rech-nung aufgemacht, aus der hervorging, daß nach der Steuer-erhöhung bei einem Valutastande von 20 Papiermark gleich 1 Schilling nur noch ein Betrag von 70 M. vorhanden sei. Gleichzeitig meldeten aber die Unternehmer neue Forderungen an, die sie mit der Notwendigkeit höherer Abschreibungen in-folge des gesunkenen Geldwertes begründeten. Die Forderun-gen gingen soweit, daß die von den Arbeitnehmern geforder-ten Lohnerhöhungen sogar nicht hätten erfüllt werden können. Die Durchsetzung dieser Forderung ist nun dem Unternehmern gelungen. Auch wir sind für die Zumen-dung von Mitteln an den Bergbau, um die Betriebe technisch auf die größtmögliche Höhe zu bringen, denn damit sind die Forderungen begründet worden. Wir lehnen es jedoch ganz entschieden ab, diese abnorm erhöhten Preise einmal allen Unternehmern zu gewähren und es dem einzelnen vollkommen freizustellen, inwieweit er diese unberechtigten Mehrzuwendungen in den Betrieb stellt, außerdem erfolgen die dadurch be-dingten Vermögenssteigerungen auf Kosten der Allgemeinheit.

Im Nachstehenden will ich nun versuchen zu zeigen, wie sich der Kohlenpreis im Monat Februar zusammengesetzt hat, wie hoch er unserer Ansicht nach im März sein müßte und welche Forderungen die Unternehmer gestellt und bewilligt er-halten haben:

Am Februar betrug der den Berechnungen zugrunde liegende Kohlenpreis für Fettkohle im Ruhrrevier . . . 467,10 M.

Table with 2 columns: Item and Price. Items include: Bei einem Durchschnittspreis von 115 M. pro Schicht und einer Leistung von 2,50 Tonnen auf Arbeitslohn (115x0,56) 206,- M., 20 Proz. für Angelegengebühren 16,50, 20 Kohlensteuer von 800 M. 78,-, für Umwälzsteuer 1/2 Proz. von 488 M. 7,-, Bergbauwohnungsbau 6,-, 2 Proz. Handelszuschlag 14,-, für Bedarfsmittelverbilligung 2,-, Materialabschreibungen usw. auf Grund eines Ver-gleiches der Vorkriegszeit mit den Indizes der Teuerung sowie dem prozentualen Anteil dieser Kosten am Kohlenpreis - 28,5 Proz. von 468 M. 133,-.

Zusammen 462,50 M. Der Unternehmerngewinn betrug 4,60

Der Kosten für Material, Abschreibungen, Knappheits-gefälle usw., der vor dem Kriege 3,50 M. betrug, ist nun in seine einzelnen Teile zerlegt worden, um festzustellen, wie hoch sein Wert heute ist.

Auf Grund dieser Aufstellung sind wir der Ueberzeugung, daß die Unternehmer kein Recht haben, weitere Beträge für Abschreibungen usw. zu fordern, daß jedoch der Gewinnbetrag von 4,60 M. ganz erheblich zu niedrig ist. Die Schuld hieran liegt in der nicht genügenden Preisfestsetzung im Monat Sep-tember 1921.

Die neue Kohlenpreissteigerung auf Grund der Lohn-erhöhung von 19,45 M. am 1. März war nun von uns freige-werkschaftlichen Vertretern wie folgt berechnet worden:

Table with 2 columns: Item and Price. Items include: Für Lohn und Gehälter 89 M., Abschreibungen, Material usw. 25, Zuschlag für zu niedrigen Gewinn 17, Wohnungszuschlag weitere 6, Summa 88 M., Hierzu 20% Kohlensteuer und 1/2% Umsatzsteuer rund 19, Summa 107 M.

Aus der guten alten Zeit.

Von Ernst Jahn, Breslau.

Ich ging die erste Zeit in die Schule, als mein Vater, fast sechzig Jahre alt, sich das Leben nahm. Er war ein Muster von Blüchertreue in der Arbeit und seiner Familie gegenüber. Der Dienst für die Herrschaft ging ihm über alles. Meine Mutter erzählte uns manch-mal, daß er bald nicht Zeit gefunden hätte, sich mit ihr räumen zu lassen. Für sich nebrachte er nicht einen Pfennig; der geringe Lohn ließ das auch nicht zu. Als Aufseher eines Arztes mit großer Saubrigkeit bekam er lange Zeit hindurch monatlich acht Taler und sonst nichts weiter. Selbst die Wohnungsmiete, zwölf Taler jähr-lich, mußte davon bezahlt werden. Dafür hatten wir freilich nur ein kleines einstufiges Bad, kalt und heiß, wie fast alle kleinen Woh-nungen auf dem Lande. Große Freude herrschte bei uns, als der Doktor infolge der aufzunehmenden Teuerung einen Taler am Lohn zulagte. Mein Vater hätte niemals Forderungen gestellt. Die In-dustrie war damals — Mitte der sechziger Jahre — noch wenig ent-wickelt, das Angebot von Händen groß und Organisationen, die die Interessen der Arbeiter vertreten hätten, gab es auf dem Lande noch nicht.

Natürlich reichten auch die neun Taler nicht hin, um eine Fa-milie mit fünf Köpfen zu versorgen, und meine Mutter war des-halb gezwungen, mit auf Arbeit zu gehen. Im Schloßgarten, der infolge dauernder Abwesenheit des Besitzers, eines Grafen v. Willich und Lotium, an einen Handwerksmeister verpachtet war, hat die Kermis-eis Stunden täglich 16 Pf. geschuftet. In unserer Säuglingszeit kam sie auch in den Freischütz- und Besperpausen nach Hause ge-kannt, um uns zu säugen. Im Sommer bei schönem Wetter wurden wir manchmal auch von größeren Kindern der Nachbarnsteute zu ihr in den Garten geladen und dann erfolgte unsere Tränkung dort. Da mit jedem Groschen gerechnet werden mußte, hielt sie bis zu ihrer Niederkunft in der Arbeit aus; denn Krankenlöhne, Wöchner-innenunterstützung und Stülpentien gab es damals noch nicht. Als sie am Tage der Geburt meines jüngeren Bruders nicht in die Arbeit kam und der Gärtnier die Ursache ihres Fehlens erfuhr, sagte er: „Die Weiber werden mir noch im Garten entbinden.“ Er gebrauchte freilich einen viel drastischeren Ausdruck.

Bei ihrer Armut konnten die Eltern für Spielzeug nicht viel ausgeben und es kam öfter vor, daß mittelbilde Menschen uns aus-rangierte Spielzeug schenkten. Darunter befand sich auch einmal ein kleiner Breiterwagen ohne Räder, und der sollte meinem Vater zum Verbüßnis werden. Er hatte uns versprochen, daß er, wenn er einmal Zeit haben würde, neue Räder an den Wagen machen wolle. Der Zufall brachte es mit sich, daß bei dem Arzt ein Stück Werkzeugzeug ausgebeißert wurde, wobei einige Kopfschrauben, weil etwas zu lang, ein paar Zentimeter abgeschnitten werden mußten. Diese kleinen Holzschrauben nahm der Vater an sich und legte sie auf den im Stalle stehenden Futtersack, in der Absicht, daraus die uns versprochenen Räder zu schnitzen. Während er am Nachmittag mit dem Arzt über Land gefahren war, säuberte die Frau Doktor im Stalle herum. Dabei gemahnte sie die kleinen Holzschrauben und ließ sie durch die Köchin in den Holzstall tragen. Als der Vater abends spät nach Hause kam und von dem Rab-

Diese Kohlenpreissteigerung zu verantworten, wären wir bereit gewesen. Wie groß sie wirklich gewesen ist, zeigt nach-folgende Gegenüberstellung:

Table with 3 columns: Item, 1921, 1922. Items include: Fettkohle 467,10 vs 601,70, Hochfeinkohle 632,70 vs 880, Erz 653,40 vs 880.

Die Preissteigerung ist also für die als Grundlage dienende Sorte um zirka 27 M. zu hoch ausgefallen.

In der entscheidenden Sitzung des Reichskohlenverbandes haben wir dann, um den Werken die verlangten Mittel zum Ausbau zur Verfügung zu stellen, einen Antrag eingebracht, der folgenden Wortlaut hatte:

„Der für Abschreibungen vorgesehene Betrag von 18 M. pro Tonne wird dem Reichskohlenverbande überwiesen. Aus diesem Fonds werden den Bergwerksbetriebe auf Antrag zum Ausbau der Werke Darlehen gegeben. Ueber die Gewährung der Darlehen, ob eine Verzinsung und in welcher Höhe verlangt wird, entscheidet der Große Ausschuß des Reichskohlenrates in Verbindung mit dem Reichskohlenverband.“

Dieser Antrag ist gegen fünf Stimmen abgelehnt worden. Die Frage, welche Schlussfolgerungen aus diesen Vorgängen zu ziehen sind, wird hoffentlich die Partei in nächster Zeit beschäftigen.

Verhandlungen der Spitzenverbände.

In der gestrigen Sitzung der Spitzenorganisationen wurde Ueber-einkünfte darüber erzielt, daß über die schwebenden Lohn- und Gehaltsfragen gemeinsam beraten werden soll und eine Zusammen-arbeit der beteiligten Spitzenorganisationen nötig sei. Für die Vor-berereitung der Verhandlungen und die Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde ein Ausschuß aus je einem Vertreter der fünf Spitzenorganisationen gebildet. D diesem Ausschuß liegt auch die Information der Presse ob, die in Zukunft in einheitlicher Weise erfolgen wird.

Kathenaus Wiedergutmachungsproblem.

In seiner Rede im Hauptauschuß des Reichstags führte der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau weiter aus: Unter den heutigen Verhältnissen gäbe es leider keinen anderen Weg als den der Konferenz. Die Konferenz gäbe uns aber die Möglich-keit mündlicher Aussprache und des persönlichen Kontakts mit den Staatsmännern unserer Nachbarländer und dieser Weg sei unter allen Umständen dem Austausch von Noten vorzuziehen. Was die Entwidlung des Reparationsproblems selbst betreffe, so werde das hierfür zuständige Gremium voraussichtlich die Re-parationskommission bleiben. Zunächst könne es sich nur um provisori-sche Lösungen handeln, denn auf der einen Seite sei ein gewalti-ges Selbstbedürfnis empfangsberechtigter Staaten vorhanden, auf der anderen Seite sei Deutschlands Zahlungsfähigkeit außerordentlich begrenzt.

Schon die Debitenzahlung von 31 Millionen

habe dem Reichskassen in starkem Maße zugunsten Deutschlands beeinflusst. Man dürfe sagen, daß die deutsche Leistungsfähigkeit in Bezug auf die Debitenzahlung in der Bemerkung des Dollars ow der Berliner Börse. Einmal jedoch müßte auch anstatt der pauschalen Regelung die endgültige eintreten. Zu-nächst müßte sich aber der Kreis der wechselseitigen Verschuldung in Europa lockern. Das Reparationsproblem sei nur ein Teilproblem innerhalb des allgemeinen Weltwirtschaftsproblems. Die Welt-verschuldung umfasse

Europa und Amerika gemeinschaftlich.

Wenn es gelänge, dieses Problem einer erträglichen Lösung zuzu-führen, so sei damit auch die Lösung der deutschen Reparation er-möglicht. Aber dies könne kaum anders als unter dem Hinzutritt von Amerika gelingen. In diesem Falle werde vielleicht mit Hilfe aller europäischen und außereuropäischen Kapitalisten eine große Anleihe von Deutschland aufgenommen werden. Amerikas Macht sei durch den Krieg gewaltiger gewachsen als die irgendeines anderen Landes. Durch sein Eintreten in den Krieg habe Amerika den Frieden entschieden und durch seinen Eintritt in die Weltprobleme

die Weltentwicklung in wirtschaftlicher und friedensbringender Rich-tung zu entscheiden. Derjenige, der den Krieg und Frieden erziele-nden habe, trage auch wohl für das Behalten derjenigen Völker, deren Schicksal bestimmt wurde, eine Verantwortung. Der Minister glaubt, daß in Genau der Boden für die Erörterung wirtschaft-licher Grundfragen vorbereitet sei. Wenn wir auch immer noch vom wirklichen Frieden entfernt seien, so wäre doch die Hoffnung vorhanden, daß der wahre Friede der Welt herannahe.

In der Debatte gab Genosse Hermann Müller der Hoffnung Ausdruck, daß Genau uns weiterbringe. In der Frage der Kriegs-schuld könne Deutschland nur dann in der Welt einen Erfolg haben, wenn es einen Teil der Schuld zugebe, namentlich gegenüber Belgien. Die Allenschuld Deutschlands wurde von uns nie behauptet.

Im weiteren Verlauf der Diskussion führte Minister Dr. Rathenau aus: In der internationalen Diskussion habe jetzt eine große Bedeutung gewonnen nicht mehr die Frage: „Was kann erfüllt werden?“, sondern „Was darf erfüllt werden?“ Auf ein bestimmtes Programm für Genau sich festzulegen, sei nicht möglich. Das neue Vorkommen in der Reparationsfrage gehe

von der gebundenen Leistung zum freien Verkehr über. Die Gefahr eines Reparationsgewinnverlustes bestände nur, wenn wie im Kriege das Reich als Teilnehmer auftreten würde. Uns von dem Ausbauländern in London, der seine Tätigkeit nicht nur auf Rußland beschränke, sondern ein Ausbauland in Zentral- und Osteuropa sei, auszuschließen, würde falls sein. Mit diesem Kontrakt sei nicht im entferntesten der Gedanke einer Kolonisation verknüpft. Es wäre ein verfehltes Unterneh-men, ein Sympatit zur Kolonisierung Rußlands gründen zu wollen. Es handle sich darum, Osteuropa zu Hilfe zu kommen, und Deutschland werde niemals vergesse, Rußlands Gegenwart und Zukunft in Rechnung zu ziehen.

Was die Organisation des Auswärtigen Amtes angehe, so sei vor allem zu berücksichtigen, daß die Arbeit des Amtes von riesengroßer Verantwortung sei und daß man sich bei Abschlüssen am Personal nicht von Heilighen Sparmaßregeln verführen lassen dürfe. Der Minister betonte, daß ihm die Förderung der diplomatischen Jugend sehr am Herzen liege, und daß er es als seine Aufgabe betrachte, geeignete Kandidaten für den diplomatischen Dienst zu gewinnen. Heute wird die Beratung fortgesetzt.

Der mißverstandene v. d. Goltz.

Herr General v. d. Goltz ist sehr aufgebrächt darüber, daß mit ihm am letzten Sonntag im „Verband nationaler Soldaten“ gehaltenes Meeting während festgenagelt haben. In einer Zu-schrift an die „Tägliche Rundschau“ beklagt er sich darüber, daß der „Vorwärts“ seine Worte bösmäßig entzerrt habe, er habe stets von einer Gegenrevolution abgeraten und nur angesprochen, es sei keine Kullschung, wenn Deutsche und bewährte Beamte niemals deutsche Mitglieder für Deutschlands Feinde verhalten würden.

Hierzu bemerken wir: Eine Verbrechen durch uns kann schon deswegen nicht vorliegen, weil wir den Versammlungsbericht nicht selber hergestellt, sondern der Korrespondenz G.S. ent-nommen haben, die sicher den Freunden des Grafen v. d. Goltz näher steht als uns, da sie die reaktionären Kreise mit Vorliebe dieser Korrespondenz zu Angriffen gegen sozialistische Minister, Beamte usw. bedienen. Herr v. d. Goltz ist also von seinen eigenen Freunden „mißverstanden“ worden. Woran das liegt, wagen wir nicht zu beurteilen. Aber er scheint sich doch etwas sehr mißverständlich ausgebrächt zu haben. — Wir haben übrigens in anderen Fällen oft beobachtet, daß reaktionäre Wort-führer, sobald man sie auf ihre Aussprüche festnagelt, plötzlich gar nichts gesagt haben wollen.

Ein falsches Gerücht. Eine Berliner Korrespondenz berichtet die Meldung, daß Ministerpräsident Dr. Brügg an die Stelle des Berliner Polizeipräsidenten Richter treten wird. Diese Meldung ist, wie der amtliche Pressedienst meldet, ebenfalls gerüchelt, wie die Behauptung, daß sie aus Kreisen stamme, die Herrn Dr. Brügg nahestehe.

Die Groß-Hamburger Frage. Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg werden auf Wunsch der preussischen Regierung am Donnerstag nachmittag in Hamburg bei Kaiserhof, und nicht wie zuerst behauptet war in Berlin, weitergeführt. Die in Hamburg bereits eingetroffenen preussischen Minister unternehmen eine Besichtigung der in der großhamburgischen Frage in Betracht kommenden hannoverschen Gebiete in Billstedt und Harburg.

den den Vorfall erfuhr, war er ganz verärgert. Diese Schmach, meinte er, könnte er nicht überleben! Die Köchin suchte ihn zu be-ruhigen und sagte: „Sie werden sich doch wegen der paar Stückchen Holz nicht das Leben nehmen.“ Und doch geschah es wirklich. Um anderen Mergen war der Vater verstimmt. Auf dem Futter-stoffen lagen zwei Briefe, der eine an den Doktor, der andere an die Mutter gerichtet. Der Vater fand, daß er sich hätte verleben lassen, einige Stückchen Holz zu entnehmen; er konnte es aber nicht ertragen, vor der Herrschaft als Dieb herumzulaufen, er wolle sich deshalb das Leben nehmen. Nach drei Tagen fanden die Eltern seine Leiche in der Weisfrü.

Der Doktor, dem er sechzehn Jahre mit Aufopferung gedient, hielt am Grabe eine Rede, worin er die große Blüchertreue des Vaters hervorhob und das sorgsamere „Mißverständnis“ bedauerte. Dann wurde mein armer Vater in der Überdämmerung beim Säuten der „Betelede“ hinter der Kirchhofmauer vergraben.

Die Volkshölze Norden hatte für ihre erste Darstellung Strindbergs Trauerspiel „Peter“ aussersehen. Wenn sie den grüblerischen Dichter ihrer Gemeinde näher bringen wollte, hätte sie seine eigenartige Kunst vielleicht an einem anderen seiner Werke besser veranschaulichen können. Im „Peter“ hat Strindberg den Trieb des Weibes, um jeden Preis durchzubringen, in großen Farben gemalt. Die Regie Otto Kirchner's unterstrich die Grobheit, wo man sie hätte mildern sollen, und rüchete damit das Schauspiel aus der Wahrscheinlichkeitsgrenze, so daß der Zuschauer sich selbst nicht mehr in Beziehung zu den Vorgängen auf der Bühne setzen mochte. Strindberg legt den Willen zur Macht, der schließlich in wilden Heß ausartet, der Natur des Weibes zur Last. Die Frau des Wittwiefers spielte Beria Schenck als vollendete Sensuelle, und Wolf Trug, von dem wir bessere Leistungen gesehen haben, sah den Wittwiefers von vornherein als Irrsinnigen an. Wenn er von Anfang an mit ungezügelter Leidenschaft und wutbeherender Stimme agiert, nimmt er dem Höhepunkt der Entwidlung, dem schließlich ausbrechenden Wahnsinn, die Wirkung. Die Wucht verpufft. Ausgesagene Lei-stungen waren der Arzt des Paul Winkler und die Stimme der Raja Wahlgemuth. S. D.

Der englische Theatergeschmack. In London besteht seit einiger Zeit die „Scene Society“, eine Art freier Bühne, die zu dem Zweck gegründet worden ist, den Geschmack des englischen Theaterpubli-kums durch Aufführung von wertvollen in- und ausländischen Bühnennovitäten zu heben, die die dem Tagesgeschmack dienenden und nur auf das Geschäft bedachten Theaterdirektoren nicht heraus-zubringen wagen. Die Gesellschaft führte kürzlich Strindbergs schil-lerische Komödie „Sechs Personen auf der Suche nach einem Autor“ in englischer Uebersetzung auf. Das Stück fand, wenn man von den „Times“ absteht, vor deren Richterstuhl von ausländischen Autoren grundtätlich nur die französische Sprache finden, bei der Londoner Presse die günstigste Aufnahme. Die „Westminster Gazette“ nimmt die Aufführung oder zum Inhalt, daß in bitteren Worten über den Tiefstand des englischen Theatergeschmacks auszusprechen, der es mit sich bringe, daß man Stücke wie das Strindbergs nur einem kleinen Kreis kritischer Personen darbieten dürfe, weil der größte Teil des englischen Publikums zum Unterschied von dem des Kontinents

ganz unfähig sei, ein feineres Bühnenmerk zu verstehen. Doch auch die „Scene Society“ sich mit ihrer lässlichen Aufgabe, den vertriehenen Geschmack zu heben, einer Sisyphusarbeit widmet, geht aus der Ein-leitung hervor, daß die Gesellschaft angeht die Teilnahmehaftigkeit des Theaterpublikums am Ende ihrer Mittel gelangt ist und dringend einer Beihilfe von 500 Pfund Sterling bedarf, um ihre Aufführungen fortsetzen zu können.

Diese als Diebstahler. Ein Landwehr Strahndieb richtete kürzlich einen Hund ab, der nach den Handbüchern der Damen schnappte, sie ihnen fortlich und dann damit fortlich; er kam mit der Beute gefolgt nach einer bestimmten Stelle, wo sein Herr auf ihn wartete und ihm die Tasche abnahm. Die Damen, die auf diese Weise beraubt wurden, glaubten Opfer eines bedauerlichen Zufalls zu sein, und erst allmählich kam man darauf, daß es sich dabei um einen Diebstahl handelte. Solche Fälle, in denen Tiere als Diebstahler benutzt werden, sind gar nicht so selten. Eine exaktliche Wechenschrist führt verlässliche Beispiele dafür an. Ein Mann richtete einen Hund ab, gleich aus den Auslösen der Fleischläden zu stellen. Er war so gut dressiert, daß er das Fleisch seinem Herrn nachkommen und überhört überführte. Auf diese Weise wurden die Fleischler aus den verschiedensten Stadtteilen ausgeplündert, ohne zu wissen, wer der Dieb war. Schließlich verzögerte ein Wegger etwas Fleisch und legte es an sehr sichtbar Stelle nieder. Der Hund nahm es und seine Leugung wurde belohnt, denn sein Herr erkannte sofort nach dem Genuß dieses Fleisches. Diese Erkrankung führte dann auch zur Ausdeutung des Trids. Regen und von Leuten, die durch eine unauffällige Brandstiftung in den Besitz der Verschö-rungsmittel kommen wollten, verschiedentlich dazu abgerichtet wor-den, eine brennende Lampe umzuwerfen. Die Tiere wurden in einen Raum gebracht, in dem sich eine brennende Lampe befand, um die herum Petroleum ausgegossen war. Während der eigentlichen Brandstiftung ließ sorgfältig in diesem Raum entfernt hielt, rief die Rache eine Feuersbrunst hervor, und lange kam niemand auf den Gedanken, daß der Besitzer, der sein Klibi nachweisen konnte, der Schuldige war. Ein Vierhänder war die Hauptperson bei einer In-zucht aufsehenerregender Diebstahl, die in verschiedenen Juwelien-läden stattfand. Merkwürdige Schmutzfäden verschanden Nacht für Nacht, ohne daß man die geringsten Spuren von einem Eindringler finden konnte. Eines Morgens aber fand man einen Hefen, der in dem Winkel eines Juwelenschranks lagerte. Der Besitzer des Hauses hatte es abgerichtet, funteln Gegenstände, die es sah anzubeten und festzuhalten. Der Dieb schmutzte den Hefen durch einen kleinen Nistloch oder sonst eine Oeffnung in den Boden hinein und wartete, bis das Tier mit irgendeinem Schmutzfaden zurückkam. Aber als er seinen Helfershelfer einmal schlecht behandelte, blieb der Hefe eines Nachts im Boden sitzen und brachte damit dem schlaueu Plan seines Herrn ans Licht.

Entfernt sich Grönland von Europa? Professor Wegener hat die in letzter Zeit viel diskutierte Theorie über die Entstehung der Kontinente und Ozeane aufgestellt, nach der ursprünglich Europa, Afrika und Amerika zusammengehörten haben. Die heutige Ge-stalt und Lage der Kontinente habe sich dann dadurch herausge-bildet, daß sich Amerika von der europäisch-afrikanischen Länderr-masse fortlich und allmählich nach Westen wenderte. Diese Bewegung

Kommunistisches Kuppelspiel.

In der gestrigen Landtagsitzung glaubten die Kommunisten wieder einmal ihren absoluten Mangel an Takt und Instinkt, den sie als Klassenbewußtes Auftreten ausgeben, mit dem sie aber in Wirklichkeit die Arbeiterklasse herabwürdigten, in hellstem Licht zeigen zu müssen. Der Wassergraswerfer Schulz-Neufölln und der glodenmaulende Kaj waren natürlich wieder die Hauptmatadore des Ständes. Nach allem parlamentarischen Gebrauch hatte der Landtagspräsident, Genosse Leinert, vor einigen Tagen sämtliche Fraktionen des Landtags zu einem Bierabend eingeladen. Es ist dies eine zwanglose Veranstaltung, bei der die Abgeordneten Gelegenheit haben, interfraktionell miteinander zu verkehren. Wer will, geht hin, und wer keine Reizung hat, bleibt fort.

Als der Abgeordnete Schulz-Neufölln einen kommunistischen Antrag wegen der Auslieferung der Dato-Mörder begründete, rief ihm sein Kollege Kaj etwas in der Art zu, daß die Leute, die die Bierabende veranstalteten, natürlich für so etwas kein Interesse hätten. Schulz griff diesen Zwischenruf sofort auf und begann über den Bierabend zu reden. Als ihn der Präsident darauf aufmerksam machte, daß das doch wirklich nichts mit dem zur Verhandlung stehenden Thema zu tun habe, geriet dieser Edelkommunist in geschaukelte Erregung und rief dem Präsidenten zu: „Sie haben uns eingeladen und bis heute Abend um Antwort gebeten. Hier ist unsere Antwort!“ Mit diesen Worten knüllte er das Einladungs schreiben in eine Kugel zusammen und schleuderte sie auf den Präsidenten zu, vor dem sie auf den Tisch niederfiel.

Außerhalb der kommunistischen Partei dürfte es niemanden geben, der in solchem Benehmen etwas anderes als absolute Freigelastigkeit sieht. Uebrigens sollten die Kommunisten, die in einem einfachen Bierabend eine verabscheuungswürdige Schlemmerei sehen, etwas vorsichtiger sein. Im vergangenen Sommer wurde der Abgeordnete Kaj vor einigen organisierten Eisenbahnern, die ihn nannten, im Ditleebbad Sahnig angetroffen. Kaj hat sie darauf himmelhoch, sie möchten nichts davon verraten, denn es sei ihm sehr unangenehm, wenn jedermann davon spräche.

Wir finden durchaus nichts dabei, wenn ein kommunistischer Abgeordneter Erholung sucht wie jeder andere. Aber die Art, dieses der Öffentlichkeit zu verbergen, um nach außen hin den Sparteispielen zu können und sich über harmlose Bierabende zu entlasten, dünkt uns etelhaft. Herr Kaj spielt im Parlament sehr gern den sittenstrengen Robespierre der Revolution. Aber Robespierre war kein Tartüffe, er hielt selber die von ihm befohlene Einfachheit, er gehörte nicht zu denen, von denen Heinrich Heine singt:

Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
Und predigten öffentlich Wasser.

In der gestrigen Sitzung des Landtags mußte die gemeinschaftliche Beratung der Entwürfe zur Amnestie und Auslieferungstrage fertiggestellt.

Hg. Liebschütz (ll. Soz.): Eine Amnestie muß und wird kommen. Es ließe sich vielleicht auch darüber reden, Mörder auszuliefern; aber die Mörder, die in den Märztämpfen vor Tötungen nicht zurückgeschreckt sind, sind keine Mörder im Sinne derer, die Erzhberger ermordet haben. Es existiert in Deutschland eine Mordorganisation, die die Ermordung der politischen Gegner systematisch betreibt und der schon 300 Mordeiten, die von der rechten Seite begangen sind, zur Last fallen.

Gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien wird ein Schlußantrag angenommen. (Warm b. d. Komm.)

Es folgen die Schlussworte der Hg. Allianz (Komm.) und Schulz-Neufölln (Komm.). Schulz sagt u. a.: Die Mehrheitssozialisten bringen es fertig, parlamentarische Bierabende zu veranstalten, zu denen sogar die kommunistische Fraktion durch den Präsidenten eingeladen worden ist. Der Präsident hat von uns eine Antwort auf seine Einladung gewünscht; diese Antwort werde

schon noch heute ausbauen. Außer Ueberlegungen geologischer und geographischer Art führt Wegener genaue Ortsbestimmungen in Grönland an, die zeigen, daß im Zeitraum 1823 bis 1870 eine Verschiebung Grönlands um 420 Meter nach Westen erfolgte und von 1870 bis 1907 eine solche von 1190 Metern. Dies wurde als Beweis dafür betrachtet, daß die Bewegung Grönlands noch bis in die allerjüngste Zeit fortbesteht. Sagen die Beweisführung haben sich Krieg von Drangstedt und Albrecht Bend gemeldet. Nun veröffentlicht Dr. Burmeister in Petermanns Mitteilungen eine genaue Prüfung der aus Grönland vorliegenden Ortsbestimmungen. Er legt dar, daß sie nicht die für solche weittragenden Schlüsse erforderliche Genauigkeit haben. Das spricht nicht gegen die Theorie Wegeners, ist aber eine Aufforderung, sie möglichst bald unter Anwendung modernster Methoden durchzuprüfen.

Amelien, die Kinder fressen. Ueber den großen Weltkrieg, den die Menschen mit den Insekten führen, machte der englische Zoologe Prof. Lepton in einer Vorlesung der Londoner Royal Institution interessante Mitteilungen. Als das gefährlichste Insekt bezeichnet er die argentinische Ameise, die sich seit 1897 über die Welt, besonders in Spanien, ausgebreitet hat und 1918 auch nach England kam. Dieses kleine, aber unendlich gefährliche Insekt hat sich zu einer Pest für den Haushalt herausgebildet, fressen sie über die Gärten und schenken sich sogar nicht kleine Kinder in der Wiege anzufressen. In Argentinien sind auf diese Weise Kinder getötet worden. Die Ameise hat die ganze Vogelwelt auf Madeira zerstört, indem sie den Inhalt der Nester verzehrte und an verschiedenen Stellen die Drögen- und Kaffeeentente ruiniert. Die Ameise tötet als Pflanze nicht unmittelbar, sondern dadurch, daß sie andere Insekten in ihrem Fortschrittszweck ermutigt, so hauptsächlich die grüne Fliege, die sie hält, wie der Mensch Läuse hält. Die Ameise baut sogar Wohnungen für diese Fliegen, heißt sie bei Krankheiten und verteidigt sie gegen Feinde. Dieses gefährliche Tier, dessen harte Raumerkennung vor nichts zurückweichen, ist auch der Verbreiter gefährlicher menschlicher Krankheiten und deshalb eine große Gefahr für die Menschheit.

In der Volkshöhle, Theater am Südwinkel, hat bei der Einführung von Gerhart Hauptmanns „Katten“ am Freitag, den 10., die mächtigsten Rollen wie folgt besetzt: Frau Joha — Helene Heubner, Robi — Friedrich Kähler, Bruno Wenzel — Heinz Silber, Pauline Biederfeld — Lucie Rannheim, Sidonie Rode — Frau Dietrich, Oskar Kauer — Georg August Koch, Frau Dörmelster — Marianne Franz, Malburg — Clara Kollmann, Gisi Spitta — Hans Golden, Walter Spitta — Richard Leopold, Luquano — Edgar Althoff, Alice Müller — Gabriele Koller. — Regie: Jürgen Freitag. Bühnenbilder: Hans Strobbach. Beginn 7 Uhr.

Verliche Keramik und andere Beispiele deutscher Heimkunst aus dem Besitz des Studienrektors Dr. Wagner ist im „Museum“ des Kaiser-Friedrich-Museums heute ausgestellt.

Ein Verhörs-Konkret veranstaltet die Deputation für Bildungswesen des Senats Kamts Friedrichshain am Sonntag, den 10., nach 1 Uhr, im Großen Saal der Brauerei Friedrichshain. Im Friedrichshain 16-23, unter Mitwirkung des Ritters-Direktors, der Chorvereinigung Berliner Kerze sowie bedeutender Solisten.

Genes Schenkend führt vom Verleih zum Theater zurück. Sie spielt im Jantzen Theater in dem neuen Schwan „Sabi will nicht“ die Hauptrolle.

Ich bin mit Verachtung ins Gesicht. (Der Redner zieht die Einladung aus der Tasche und wirft sie dem Präsidenten auf den Tisch. Der Vorfall erregt große Unruhe auf der Rechten und bei den Mehrheitsparteien.)

In der Abstimmung wird der Antrag betr. Unterstützung der Angehörigen der politischen Gefangenen dem Rechtsausschuss überwiesen; die übrigen Anträge werden abgelehnt.

Es folgt die zweite und dritte Beratung des Gelegenheitsentwurfes über Bereitstellung von Staatsmitteln zur

Förderung von Bodenerverbesserungen.

Der verstärkte Ausschuss für die Landwirtschaft hat die Vorlage mit der Abänderung angenommen, daß 200 statt 100 Millionen bereitgestellt werden. Ferner beantragt der Ausschuss die Annahme von 2 Entschlüssen, welche erstens das Staatsministerium veranlassen wollen, bei der Reichsregierung zu beantragen, daß die für außerordentliche Bodenerverbesserungen aufgewendeten Kosten bei Ermittlung des steuerbaren Einkommens in Abzug gebracht werden können; zweitens, die Gewährung von Darlehen nur dann zuzulassen, wenn eine zweckentsprechende Organisation die Durchführung der Arbeiten garantiert und die völlige Finanzierung, ordnungsmäßige Instandhaltung gesichert ist. Ein Antrag der Koalitionsparteien will bis zur Hälfte des Betrages auch Zinsrückstellungen ohne Aufschlag der Rückgewähr bewilligen, falls die Provinz sich mit dem gleichen Betrage beteiligt.

Hg. Müllig (Soz.) erhebt als Berichterstatter, im Hinblick auf die drohende Arbeitslosigkeit, um möglichst rasche Verabschiedung des Gesetzes, das Arbeitsgelegenheit schafft. Ohne weitere Erörterung wird darauf die Vorlage nach den Ausschussanträgen mit dem erwähnten Zusatzantrag und dem beiden Entschlüssen angenommen.

Nach Besichtigung kleinerer Materien beschließt das Haus auf Vorschlag des Präsidenten, die Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu vertagen. Das Haus erledigt noch 20 Eingaben des Rechtsausschusses und des Eingabenausschusses.

Nächste Sitzung: Mittwoch 13 Uhr (Haushalt des Kultusministeriums: Volksschulwesen). Schluß 5 Uhr.

Eine bayerische Kampfanzeige.

München, 7. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Herstellung der parlamentarischen Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie in Bayern hat sofort eine Hochflut der partikularen und monarchistischen Agitation zur Folge gehabt. Der ehemalige Scharmacher innerhals der Regierung Rohr, der Minister des Innern, Schwener, hat sich die Billigpolemik der bayerischen Rechtspresse „gegen die Bespiegelung Bayerns durch Berlin“ zu eigen gemacht. Seine heutige Rede im Landtag war eine offene Kampfanzeige an die Reichsregierung. Obwohl der Minister den babilischen Untersuchungsbeamten vollkommen recht geben mußte, erklärte er, daß die bayerische Regierung Anhaltspunkte dafür habe, daß neuerdings schwerwiegende Berliner Übergriffe auf die bayerische Justizhoheit vorlägen, gegen die er bei der zuständigen Berliner Stelle entschieden Protest eingeleitet habe. Die Haltung der bayerischen Regierung im Vorjahre habe gezeigt, daß es ihr nicht an der nötigen Energie fehle, bayerische Rechte zu wahren. Die Hausführung bei Dr. Pittinger sei ein tief bedauerliches Vorkommnis. Die Personen, um die es sich handele, seien im Feld gestanden und hätten sich hohe nationale Verdienste erworben.

Dieser völlig aus dem Rahmen der Verhältnismäßigkeit fallende Vorstoß eines Ressortministers gewinnt dadurch an Bedeutung, daß er in Abwesenheit des Ministerpräsidenten erfolgte. Es scheint, als ob die Führer der Bayerischen Volkspartei in der Untersuchung des Münchener Ausschusses und Mördernestes eine Bedrohung ihrer eigenen dunklen Machenschaften sähen. So wird die Einheitsfront gegen Berlin eröffnet durch den ehemaligen Staatssekretär Rohr, hinter dem die politischen Führer der Rechten zum Schloß gegen die Republik und die Einheit des Reiches ausstehen. In diesem Zusammenhang ist es von größter Bedeutung, daß der Führer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, sich in den letzten Tagen an die Spitze einer neu einsetzenden monarchistischen Bewegung gestellt hat und öffentlich zum Kampf gegen die Weimarer Verfassung aufruft. Das Blatt des gemäßigten Flügels seiner Partei, der „Regensburger Anzeiger“, verucht die hemmungslose monarchistische Propaganda einzudämmen und gibt den Anhängern des Königsgedankens den Rat, abzumelden. Hierzu schreibt die „Münchener Post“:

„Klar und deutlich hat der „Regensburger Anzeiger“ festgestellt, warum der Kampf gegen die Weimarer Verfassung so ausdauernd geführt wird. Hiermit ist Klarheit geschaffen für alle Arbeiter, nicht nur in Bayern, sondern im ganzen Reich. Denn die Wiederaufrichtung der Monarchie ist nicht eine bayerische, sondern eine deutsche Frage. Zum ersten Male hat Dr. Heim der Republik einen Dienst erwiesen. Diese Klarstellung ist das erste positive Ergebnis der neuen bayerischen Königspartei.“

Zum Organisator des neuen Königsbundes ist der Leiter der ehemaligen Orla-Kazette, gewonnen worden. Ein Major ist ihm als militärischer Berater beigegeben. Der Bund soll in ganz Bayern ausgebreitet werden und nach dem Vorbild des Bundes „Erwachende Bayern“ den Namen „Bund der erwachenden Bayern“ erhalten. Am 12. März findet unter der Leitung Dr. Heims die Gründungsversammlung in Regensburg statt.

Die bayerische Rechtspresse geht mit Hochdruck weiter, um die Stimmung zur Untereinanderstimmung reizumachen. Die Münchener Neuesten Nachrichten versuchen, dem Staatskommissar Weikmann in einem umfangreichen Artikel nachzuweisen, daß der Polizeibericht der babilischen Beamten mit dem Bericht eines erlittenen „Spiegels“ übereinstimme. Die „Mugsburger Abendzeitung“ aber schreibt in Sperrdruck: „Die Bespiegelung Bayerns muß aufhören!“

Reform des juristischen und staatswissenschaftlichen Studiums. Der Unterrichtsausschuss des Preussischen Landtages beschäftigte sich in einer Sitzung am Dienstagabend erneut mit der Reform des juristischen und staatswissenschaftlichen Studiums. Zu Beginn der Sitzung machte der Vertreter des Unterrichtsministeriums, Regierungsrat Dr. Bende, Mitteilungen über die geplante Reform des staatswissenschaftlichen Studiums. Das staatswissenschaftliche Studium soll erweitert werden durch Einbeziehung juristischer und praktisch-wirtschaftlicher Materien, wie z. B. Bilanzwissenschaft. Es ist ein Zwischenexamen geplant als Vorstufe zum Doktorexamen. Der es befiehlt, soll als Diplom-Vollwörter nach zwei Semestern theoretisch und ein Jahr praktisch bis zur Hauptprüfung arbeiten. Die Vorschläge des Unterrichtsministeriums zum juristischen Studium, die in der Hauptsache im Nachstudium nach Abschließung der praktischen Ausbildungszeit vorzusehen, lagen gedruckt vor. Als Vertreter der Sozialdemokratie stimmte Genosse Prof. Bantia diesen Vorschlägen im wesentlichen zu und wendete sich gegen den Widerstand des Justizministeriums, das jede Verlängerung der juristischen Ausbildungszeit ablehnt. Genosse Bantia trat auch dafür ein, daß jedermann, unabhängig von dem zurückgelegten Lehrgang, zur Staatsprüfung zugelassen werde.

Verbotene Vortragsreise. Die Rheinlandskommission hat die vom General Liman v. Sanders hochbühligste Vortragsreise in das besetzte Gebiet mit der Begründung verboten, daß die Vorträge geeignet seien, in der Bevölkerung einen Geist hervorzurufen, der die öffentliche Ordnung und die Sicherheit der Besatzungstruppen beeinträchtigen könnte.

Einzelheiten zur Zwangsanleihe.

Zu den bereits veröffentlichten Grundzügen der Zwangsanleihe, wie sie vom Reichsfinanzministerium geplant worden, ist noch folgendes nachzutragen:

Unter der Annahme eines steuerbaren Vermögens von 1000 Milliarden berechnet man die Durchschnittsbelastung auf etwa 5 Proz. Vermögen bis zu 100 000 M. sollen frei bleiben. Für das reine Kapitalvermögen beabsichtigt man die Freigrenze bis zu einer Million zu erhöhen. Um aber unter diese Begünstigung nicht auch solche Personen fallen zu lassen, die Kapitalwerte besitzen, welche der Geldentwertung gefolgt sind und demgemäß hohe Erträge abwerfen, oder die neben Erträgen aus Kapitalvermögen noch sonstiges Einkommen besitzen, will man die erhöhte Freigrenze nur denjenigen zubilligen, deren für 1922 veranschlagtes Einkommen den Betrag von 40 000 M. nicht übersteigt. Die Regelung ist ungefähr so gedacht, daß man für die ersten 250 000 M. 2 v. H., für die nächsten 250 000 M. 4 v. H., für die weiteren und nachfolgenden 250 000 M. 6 bzw. 8 v. H. und für die übrigen Beträge 10 v. H. erhebt.

Was die Erhebung der Zwangsanleihe anbelangt, so sollen für besonders frühe Einzahlungen, etwa bis zum 1. Juli 1922, Anreize durch Gewährung eines Diskonts (5 Proz.) (sind geplant) geschaffen werden. Nach den bisherigen Verhandlungen mit den Sachverständigen hat man jedoch die Vermutung, als ob hieraus ein nennenswerter finanzieller Erfolg nicht zu erwarten ist. Sind Einzahlungen bis zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres 1922, etwa 1. Oktober 1922, nicht erfolgt, so beabsichtigt man, auf den endgültig zu leistenden Anleihebetrag einen erheblichen Strafzuschlag (50 Proz. und darüber) festzusetzen. Solche Zuschläge sollen nicht in Frage kommen, wenn der vorausgezählte und der endgültig gezahlte Betrag nicht auf zu sehr (etwa 25 Proz.) voneinander abzuweichen.

Jede vorzugsweise Ausstattung der Anleihe soll vermieden werden. Es wird deshalb vom Reichsfinanzministerium ein Ausgabebudget von 100 Proz. und ein Zinsfuß von 3-4 Proz. nach Ablauf der dreijährigen Unverzinslichkeit in Erwägung gezogen. Auf eine besondere Amortisation der Anleihe soll nicht verzichtet werden. Die Amortisation wird sich aber nach den vorliegenden Plänen auf einhalb Prozent im Jahre zusätzlich der ersparten Zinsen beschränken; eine Auslösung zum Parwert soll vermieden werden. Soweit bisher feststeht, wird die Anleihe durch die Darlehnskassen beliehen werden, damit diejenigen Gewerbetreibenden, welche aus Mangel an liquiden Betriebsmitteln Schwierigkeiten mit der Beschaffung der Gelder haben, sich eine teilweise Erleichterung verschaffen können. Die Befreiung bei den Darlehnskassen soll nach Möglichkeit eingeschränkt werden, um die Ausgabe weiteren Papiergeldes in erheblichem Umfange und eine Steigerung der Inflation zu vermeiden. Die vorzugsweise Behandlung, welche Kriegsanleihen und die Sparprämienanleihe hinsichtlich ihrer Beizbarkeit, zu 85 Proz. ihres Parwertes, durch die Darlehnskassen erfahren, wird jedenfalls der Zwangsanleihe nicht zuerkannt werden. Auch der auf Kriegsanleihe-Darlehen seitens der Darlehnskassen gewährte Vorzugszins von 5/4 Proz. wird für die Darlehen auf Zwangsanleihe nicht in Frage kommen.

Die endgültige Gestalt hat damit die Zwangsanleihe noch nicht erhalten. Eine Sicherung der kleinen Vermögen gegen zu hohe Belastung wird — das sei zu den obigen Plänen nur bemerkt — viel besser dadurch erreicht, daß man die Freigrenze nach oben schiebt, als dadurch, daß man die Zwangsanleihe auf dem Umweg über die Darlehnskassen dem Reiche wieder aufhaßt.

Das Saß der Danaiden.

Paris, 7. März. (Eigener Drahtbericht.) Zu einem offiziellen Communiqué der Reparationskommission über die bisher von Deutschland geleisteten Reparationszahlungen und deren Verwendung durch die Ententeländer bemerkt das Gewerkschaftsorgan „Peuple“, daß die Reparationskommission damit wohl eine ganz andere Wirkung erzielt haben dürfte als die, die sie erstrebte. Das Blatt weist auf die jüngste Reichstagsdebatte anlässlich der Etatsberatung des Reichsfinanzministeriums hin und erblidet in dem Zugeständnis, daß 4,2 Milliarden Goldmark allein für Besatzungszwecke verschlungen wurden, eine Bestätigung der Angaben über die Kosten der Militärherrschaft im Rheinland.

Balfours Koalitionsrede.

London, 7. März. (M.T.B.) Sir Arthur Balfour sprach heute nachmittags in seiner mit größter Spannung erwarteten Rede im City Carlton Club nachdrücklich und ohne Einschränkungen für die Koalitionsregierung. Er sagte: nach seiner Ansicht seien die Interessen des Landes am besten den Händen einer Regierung anvertraut, die von der großen nationalen Partei unterstützt werde, deren einem Flügel er angehöre. Das Zweiparteiensystem sei für gutes Wetter geschaffen. Wenn sich die Parteien nicht vereinigten, wäre der Krieg nie gewonnen worden. Die Fragen, die seit dem Kriege entstanden seien, könnten nicht sozujagen nach Parteigrundsätzen entschieden werden. Die irische Frage sei hierfür ein schlagender Beweis. Es sei vollkommen klar, daß infolge aller augenblicklichen Umstände für absehbare Zeit das innige und freundschaftliche Zusammenwirken fortgesetzt werden müsse, das bisher so gute Ergebnisse gezeitigt habe. Niemals sei dieses Zusammenwirken notwendiger gewesen als augenblicklich, und dies sei der Grund, weshalb es sich noch inniger gestalten sollte. Lloyd George sei eine der größten Gestalten in der Weltgeschichte. Die Interessen des Landes würden nicht gefördert, wenn man Lloyd George schmähe. Es liege eine sehr ernste Verantwortung übernehmen, wenn man die Regierung schwächen wollte, die jetzt vor dem Angesicht von ganz Europa als Vertreterin dastehende des festesten konventionen und sichersten Staates in der gesamten westlichen Zivilisation. Balfour forderte zum Schluß seiner Rede seine konventionen Freunde auf, der Koalitionsregierung, deren Lasten seiner Ansicht nach von keiner anderen Regierung mit größerem Erfolg getragen werden könnten, volle Unterstützung zu leisten. Die Koalitionsregierung habe das Recht, die volle und ganze Unterstützung zu fordern, ohne die Großbritanien in Europa nicht den Einfluß geltend machen könne, den es allein besitzt und den es, wie er ehrlich glaubt, für den Frieden der Menschheit anwende.

Lloyd Georges Ruhepause.

London, 7. März. (M.T.B.) Der „Westminster Gazette“ zufolge beabsichtigt Lloyd George sechs Wochen auszuruhen und dann das Programm für die in Genua stattfindende Konferenz zu entwerfen, „an der er mehr interessiert sei, als sonst jemand“.

Ministerkrise in Spanien.

Madrid, 7. März. (M.T.B.) Graf Romanones verständigte im Laufe des Vormittags Maura, die Liberale Partei habe die ihr angehörenden Minister ersucht, ihre Mitarbeit im Kabinett einzustellen. Maura begab sich nach dem Schloß, um dem König von diesem Vorgange Mitteilung zu machen. Er überreichte ihm eine Aufzeichnung, in der die Lage dargelegt wird, dann übergab er das Rücktrittsgesuch des Gesamtkabinetts Graf Romanones wurde in das königliche Schloß berufen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Schiedspruch im städtischen Lohnstreit.

In der gestrigen Sitzung des Schiedsgerichts im Reichsarbeitsministerium fungierten Staatssekretär a. D. v. Müllendorff, Oberregierungsrat Hoffmann und Ratsdirektor Vicker als Unparteiische. Der Magistrat war durch Bürgermeister Ritter vertreten. Rämmerer Karding, die Stadträte Wege und Schünning, sowie Dr. Bollbrecht, den künftigen Bezugsnehmer für Tarifangelegenheiten. Das Lohnurteil der städtischen Arbeitervertreter Polenske und Bogodjinski (Gemeindearbeiter), Drimann (Transportarbeiter) und Reinefeld. Rämmerer Karding erklärte u. a., die Stadt Berlin sei bereit, den Arbeitern über 24 Jahre einen Zuschlag von 1,30 M., denen im Alter von 18 bis 24 Jahren von 1,20 M. und den unter 18 Jahre alten Arbeitern von 1 M. zu gewähren. Die Kinderbeihilfen sollten auf 3500 M. jährlich festgesetzt werden. Diese Zugeständnisse bedeuteten eine Mehrausgabe für die Stadt von rund 500 Millionen Mark. Bürgermeister Ritter wollte, daß gleichzeitig über den Reichsmanteltarif und über die Ergänzungsbestimmungen verhandelt werde. Das lehnten die Arbeitervertreter jedoch ab, da ihnen gegenwärtig die Unterlagen fehlten.

Das Schiedsgericht trat dann in Verhandlungen ein und fällte den folgenden

Schiedspruch.

1. Diejenigen männlichen Arbeiter, welche sowohl am 1. Februar 1922 wie auch am 7. März 1922 in den Betrieben des Magistrats Berlin im Arbeitsverhältnis standen, erhalten für den Monat Februar 1922 eine einmalige Zulage von 200 M., insofern sie am 1. Februar 1922 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben; 300 M., sofern sie am 1. Februar 1922 über 18 Jahre, aber noch nicht 21 Jahre alt waren; 400 M., sofern sie am 1. Februar 1922 das 21. Lebensjahr erreicht, aber noch nicht 24 Jahre alt waren; 500 M., sofern sie am 1. Februar 1922 das 24. Lebensjahr vollendet hatten.

2. Vom 1. März 1922 ab erhalten dieselben vier Arbeitergruppen eine Stundenlohnzulage von je 1, 1½, 2, 2½ M., insofern sie vor dem 1. März 1922 in die betreffende Altersgruppe eingetreten, und zwar am Tage nach ihrem Geburtstag.

3. Weibliche Arbeiter erhalten 80 v. H. der unter 1 und 2 verzeichneten Zulagen.

4. Diese Regelung gilt bis zum 31. März 1922 und danach ohne Rindigungsfrist bis auf weiteres.

5. Den Parteien wird aufgegeben, die Erklärung über die Annahme des Schiedspruches einander und dem Reichsarbeitsministerium bis zum 15. März 1922 abzugeben.

Sind durch diesen Schiedspruch die Forderungen der städtischen Arbeiter auch nicht vollumfänglich erfüllt, so läßt er doch erkennen, daß das Schiedsgericht bemüht war, die im Februar entstandenen Rillage einigermaßen abzumildern.

Die wirklichen Gewerkschaftszerstörer.

Sie konnten die Welt nicht auf den Kopf stellen und stellen nun die Wahrheit auf den Kopf. Man möchte den mit den 21 Moskauer Bedingungen behafteten Leuten von der „Roten Fahne“ bei ihrem munteren Spiel gern mildernde Umstände zubilligen, wenn sie nur ein wenig List und Schlaueit dabei zeigten, daß man darüber lachen könnte. Ohnedem aber wird es schließlich widerlich, anstatt langweilig, wenn tagtäglich mit eigener Stirn Behauptungen wiederholt werden, die in unvereinbarem Gegensatz zur Wahrheit und Logik stehen. Es ist zwar möglich, die Anhänger einer Parteirichtung durch die Presse und Versammlungsreden im Sinne der Partei zu beeinflussen; unmöglich aber ist es, ihnen einzureden, soweit sie nicht ganz blind sind, daß weiß schwarz und schwarz weiß sei. Die „Rote Fahne“ sucht auch das Unmögliche möglich zu machen, um in Moskau eine gute Note zu bekommen, da man dort weniger die Mittel zum Zweck respektiert, vielmehr den Zweck, die „gute Absicht“ wertet.

Die deutschen Gewerkschaften sollen den Kommunisten als Rekrutierungsgebiet für ihre Ideen und ihre Aktionen dienen. Durch persönliche Bedrückung und Verunglimpfung der „Bonges“, der „Sozialverräter“ wird die Lust in den Gewerkschaften vergiftet, durch Impertinenz der Masse zu imponieren versucht und die allgemeine Rillage ausgenützt zu radikal klingenden Verheißungen. Die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder dürfen in ihrer Gewerkschaft keine Gewerkschafter sein, sie dürfen keine Gewerkschaftspolitik treiben, sondern sie müssen kommunistische Politik treiben, Zellen bauen und sie ausbreiten, bis sie die Gewerkschaften beherrschen und sie unbehindert den kommunistischen Zwecken dienstbar machen können. Aus jeder kleinen Differenz mit den Unternehmern muß ein Streik werden, ein Streik zum anderen kommen, der Generalstreik in Permanenz erklärt werden, bis wir es in Deutschland soweit ge-

bracht haben, wie es im gelobten Rußland ist. Die „Märzaktion“ in Mitteldeutschland ist noch nicht ganz vergessen.

Wollen die Gewerkschaften sich nicht aufgeben, sich nicht des einzigen Rechtmittels begeben, um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen einigermaßen erträglich zu gestalten, dann sind sie einfach gezwungen, sich der Zellenbauerei zu erwehren. Sie können unmöglich ruhig zusehen, wie jede Versammlung, die zur Erledigung bestimmter Aufgaben dienen soll, mißbraucht wird zur Begründung kommunistischer Resolutionen, zur Propagierung kommunistischer Propaganda unter der ebenso harmlosen als unwahrscheinlichen Parole der „Einheitsfront des Proletariats“.

Gleich anderen Organisationen sah sich jetzt auch der Berliner Zweigverein des Bauarbeiterverbandes gezwungen, gegen die Gewerkschaftszerstörer in seinen Reihen mit dem Ausschluß vorzugehen, nachdem er viel zu lange die Dinge an sich heran kommen ließ, bis ihn die Kommunisten schon ganz in der Gewalt zu haben glaubten. Nach der „Haltet-den-Dieb“-Taktik der „Roten Fahne“ sind nicht etwa die so harmlosen, wackeren kommunistischen Zellenbauer in den Gewerkschaften die Gewerkschaftszerstörer — im Gegenteil, diejenigen sind die „Gewerkschaftszerstörer“, die den Gewerkschaftskommunisten die Tür zeigen, wenn sie es gar zu toll treiben. Das ganze Geschrei des Kommunistenblattes über die „Gewerkschaftszerstörer“, die Gewerkschaftspaltungen zeigt, daß der Ausschluß der Zellenbauer das einzige wirkliche Mittel ist, um die Organisationen nicht zerstören zu lassen. Besser wäre es freilich gewesen, wenn auch die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder, unbeschadet ihrer politischen Auffassung, in den Gewerkschaften mitarbeiteten, sich in den Rahmen der Gewerkschaftstaktik und -praktik einfügten, woran sie rein als Arbeiter gleich allen übrigen das größte Interesse haben. Allein unsere Kommunisten genieren sich nicht, alle Fenster scheiben einzuschlagen, da sie ja „prinzipiell“ nie nach den Kosten fragen.

Wenn die „Rote Fahne“ gelegentlich des Großreinemachens im Bauarbeiterverband und wegen der Maßnahmen im Eisenbahnerverband über die Zentralvorsitzenden Friß Baeplov und Franz Scheffel die Schale ihrer Liebeshörigkeit ausgießt und gegen diese „Verbrecher an der Einheitsfront der Arbeiterklasse“ die Parole ausstößt: „hinaus mit ihnen aus den Organisationen!“, so spricht daraus die maßlose Wut darüber, daß die Gewerkschaften so leicht nicht zu zerstören sind, doch es nicht so ganz einfach ist, kommunistische Strategen an die Spitze der Organisationen zu bringen und die Verbände der RPD. auszuliefern.

Für einen Gewerkschaftsführer könnte es kein schlechteres Zeugnis geben als ein Lob in der „Roten Fahne“.

Die „Freiheit“, die sich anfänglich noch zierte, in diesen unvermeidlichen Ausschüssen kommunistischer Quertreiber aus den Gewerkschaften eine bezugsfähige Notwehraktion der Gewerkschaftsleitungen anzuerkennen, brachte in ihrer gestrigen Morgenausgabe einen neuen Beleg dafür, indem sie auf folgende Ausführungen von Schumacher auf der Konferenz des kommunistischen Bezirksauschusses Berlin-Brandenburg aufmerksam macht:

„Die Flucht aus den Gewerkschaften hat zugenommen. In weiten Kreisen der Arbeiterschaft herrscht heute schon die Auffassung, daß die Spaltung der Gewerkschaften kommen wird. Wir müssen uns auf die Spaltung vorbereiten, um den Massen an die Hand gehen zu können.“

Stehen die Dinge so, dann können die Gewerkschaften es nicht zulassen, daß diese „Vorbereitung“ in ihren Reihen erfolgt. Damit dürfte denn auch die Frage vollständig geklärt sein, wo die Gewerkschaftszerstörer zu suchen sind.

Streik der Zwischenmeister der Wäschebranche.

Am Montag sind die Werkstatthalter in den Streik eingetreten. Die Verhandlungen mit den Fabrikanten am 27. Februar haben sich zerschlagen und nachdem auch eine Weidenheit zur Annahme der Forderungen bis zum 4. März erfolglos verstrich, kam es zum Streik.

Die Forderungen lauten auf Zahlung des Tariflohnes auch für Arbeiter, die in den Werkstätten der Zwischenmeister sowie bei den Heimarbeiterinnen angestellt werden. Es sind hierzu 22 Grundformen aufgestellt, damit jede Wäschearbeiterin, wie auch die Heimarbeiterinnen feste Lohnsätze für ihre Arbeiten bekommen müssen. Die Werkstatthalter verlangen auf diesen Nachlohn einen Zuschlag für Stapelware von 50 Proz. für Qualitätsarbeit von 80 Proz. und für Lagerware von 100 Proz., sowie Festlegung von Gehalts-, Urlaub- und Langzeitlohn pro laufendem Meter und freier Garnlieferung.

Die Löhne in der Heimarbeiterbewegung schwanken zwischen 200 und 4 Mark, die Tariflöhne der Arbeiterinnen in den Fabrikbetrieben dagegen betragen momentan 10 M. pro Stunde. Diese Löhne will man den Zwischenmeistern und Heimarbeiterinnen nicht zubilligen.

Der Streik ist vom Zentralverband der Werkstatthalter der Reichskonfektion, Branche für Wäsche, aufgenommen worden. Voraussichtlich werden sich auch die Arbeitnehmerverbände demselben anschließen.

Das Streikbureau befindet sich Rosenhäger Hof, Rosenhäger Straße 11/12.

Für die Bauarbeiter!

Die bei Beendigung des Streiks vereinbarten Löhne im Hochbau sollten bis zum 23. März 1922 gelten. Das Bezirkslohnamt hat jedoch Verhandlungen während dieser Lohnperiode in Aussicht gestellt, falls sich die Löhne für den Lebensunterhalt wesentlich ändern. Am 28. Februar haben nun freie Verhandlungen zwischen dem Verband der Baugeschäfte und den Arbeiterorganisationen stattgefunden, die das Ergebnis zeitigten, daß ab 3. März 1922 auf die bestehenden Löhne eine fünfzehnprozentige Zulage gezahlt wird. Die Generalversammlung hat am 6. März dem Ergebnis zugestimmt. Die Löhne im Hochbau gestalten sich daher vom genannten Termin ab wie folgt: Maurer 15,50 M., Zementierer und Einschaler 15,45 M., Steinträger 15,50 M., Kalkschläger usw. sowie Zementarbeiter 14,95 M., geübte Bauhilfsarbeiter 14,80 M., un- geübte Bauhilfsarbeiter 14,70 M. Dieses Abkommen gilt bis zum 6. April 1922.

Im Tiefbaugewerbe ist vom 20. Februar 1922 eine Lohnerhöhung von 1,50 M. für alle Gruppen mit Ausnahme der nachstehend besonders aufgeführten Gruppen eingetreten. Tiefbauarbeiter unter 18 Jahren pro Stunde 1,30 M., Frauen 1,45 M., Wächter pro Woche (Zulage) 80 M., Erlagswächter pro Stunde 1,55 M.

Metallarbeiterstreik in Ostpreußen.

In Ostpreußen stehen die gesamten Metallarbeiter seit Anfang Februar d. J. im Streik. Die Löhne sind in sehr vielen Betrieben für die gelehrten Arbeiter nicht viel höher als die Entschädigung, die der Lehrling im Westen Deutschlands im vierten Jahre seiner Lehrzeit erhält.

Die Firma F. Romick, Maschinen- und Automobilfabrik in Elbing, einer der größten und tonangebenden Betriebe Ostpreußens, gab am 10. Februar ihre ab 6. Februar erhöhten Stundenlohnätze bekannt. Die Löhne sind nach Altersklassen von über 18, 20 und 24 Jahren gestaffelt und betragen: für gelehrte Arbeiter 3,20, 4,20 und 5,30 M., für Angelehrte 2,70, 3,50 und 4,50 M., für Ungerlehrte 2,60, 3,00 und 4,00 M.

Wenn die Laufburschenlöhne dieser Firma auch nicht allgemein üblich sind, so darf doch nicht verkannt werden, daß, wenn eine führende Firma solche Löhne zahlt, sich andere kleinere Betriebe danach richten. Dabei ist die Lebenshaltung in Ostpreußen um keinen Pfennig billiger als in den übrigen Teilen des Reiches.

Aber auch der Herrenstandpunkt der Unternehmer gegenüber den Rechten der Arbeiter mußte die größte Empörung auslösen. Der Achtstundentag besteht in den meisten Betrieben nicht mehr. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie es im § 165 der Reichsverfassung festgelegt ist, existiert für den Verband der Metallindustriellen des Ostens nicht, denn die meisten Betriebe angeschlossenen sind. Die Organisation der Arbeiter ist für diese Herrschaften einfach Luft. Die Firma Schichau, Elbing, die in diesem Verband tonangebend ist, ließ durch die bürgerlichen Zeitungen erklären, daß sie nicht weiß, warum die Arbeiter streiken, da Forderungen von diesen nicht gestellt sind. Die Forderung, die der Metallarbeiterverband gestellt hat, geht sie nichts an, da sie denselben nicht anerkennt.

Auch die Schlichtungsinstanzen werden von dieser Gesellschaft sabotiert. Dem Regierungspräsidenten in Königsberg, sowie einem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erklärte ihr Syndikus, daß der Metallindustriellenverband es ablehnt, vor dem Schlichtungsausschuß zu erscheinen.

Leider haben wir den Kampf nicht nur gegen die Arbeitgeber, sondern auch gegen einen Teil der Arbeitnehmer zu führen, der uns entweder aus bodenloser Dummheit oder weil er von bezahlten Subjekten der Unternehmer irreführt, den Kampf sehr erschwert.

Am Sonntag verbreitete die Allgemeine Arbeiter-Union ein Flugblatt an die streikenden Metallarbeiter und Transportarbeiter Königsbergs, das in den anmutigen Schluß ausläuft:

„Haut eure Götter und Halbgötter, diese Schafsaesichter Berlins und Königsbergs, aus dem Tempel. Euer Kampf muß sich richten gegen das Kapital und seine Zubehälter, die Bonzen. Das Endziel ist die Uebernahme der Produktion und der politischen Macht. Das einzige Mittel dazu ist nur der Generalstreik.“

Die ostpreussischen Metallarbeiter haben den ihnen aufzuzumachenden Kampf aufgenommen und sind gewillt, ihn durchzuführen, bis die Unternehmer ihren kranken, an Größenwahn grenzenden Herrenstandpunkt aufgeben und Löhne bemilligen, die auch den ostpreussischen Metallarbeitern ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen.

Die Arbeiter im Reich fordern wir auf, strengste Solidarität zu üben, jede Teilarbeit, die von ostpreussischen Firmen der Metallindustrie herkommt, abzulehnen und vor allem jeden Zugang von Metallarbeitern nach Ostpreußen fernzuhalten.

Zentralverband der Wäschebrenner, Hochgruppe Betriebe, Sektoren Vermehrungsanstalt; Mitgliederversammlung Mittwoch abend 7 Uhr in der Neuen Wollschmiede, Rosenhäger Hof, 11/12.

Deutscher Transportarbeiterverband, Handwerksarbeiter und Arbeiterinnen aus den Engroshandlungen der Herren, Anaben- und Burschenkonfession: Donnerstag 5 Uhr im Lokal von Karl Sittz, Politz, 29, Gruppenversammlung.

Café Zielka, Heiliger Geist, Friedrichstraße, Ecke Leipziger Straße, Tagl. 7 M., Deutscher Strich Die Ohrlöhne m. B. Hartlein

Warenverteilungsstelle des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
 Schönhauser Allee 173 (Eingang Schwedter Straße)
 Köpenick, Kaiser-Wilhelm-Straße 101
 Karlshorst Waldstedlung * Friedrichshagen, Scharnweberstr. 4
 Wildau * Spandau, Friedrichstraße, Ecke Achenbachstraße
 Engelshofer 30 * Brunnenstraße 185
 Kottbuser Damm 88/89 * Zimmerstraße 68 * Jablonskistraße 8

Den Gewerkschaftsmitgliedern zur Kenntnis, daß der Verkauf von Wäsche und Schuhwaren in unserer Verteilungsstelle „Sebastianstr. 37-38“ ab Donnerstag, den 9. März 1922, eingestellt wird, da hier nur noch Herren- und Damen-Bekleidung zur Verteilung kommt. In den oben angeführten Verteilungsstellen sind nach wie vor unsere bewährten Qualitätswaren erhältlich.
 Geöffnet von 9-12 und 3-6 Uhr * Verbandsbuch ist unbedingt mitzubringen

Bayerische Gemütlichkeit Berliner Prägung.

In den folgenden Bemerkungen über die einseitige Ausprägung der Berliner Prägung...

Von zwanzig „Suam“ und „Madin“, die in München in der „Krautleber“ und im „Deandigewand“ umherlaufen...

Das weiß-blaue Aushängeschild.

Will man wissen, wie der Berliner eigentlich dazu kommt, Bayern ganz unrettbar schief zu sehen und sich durch seine falsche Einstellung so unbeliebt zu machen...

Bockbier und Kulissenzauber.

In Bayern selbst gibt es dies nicht. Diese Art Bock hat mit einem Gemisch nichts zu tun, und wenn der Bayer in die Alpen wandert, dann will er Natur genießen und denkt nicht ans Trinken...

Die Sünde im Wasser.

Von Wilhelm Schmidbann.

Er regte sich nicht und sah starr auf die Straße. Dann entzog er sich ihr und ging durchs Zimmer, langsam, auf und ab. Vor dem Klavier blieb er stehen, setzte sich auf den Stuhl...

Stattete ein pensionierter bayerischer Prinz einem oberbayerischen Bauernhof einen Besuch ab. Was hier gemütlich und bayerisch sein soll, ist dem, was man in Bayern als gemütlich betrachtet...

Rummel Berliner Note.

Es ist ein gutbürgerlicher Herrensabbat. Ist ein ganz närrisches Kinderpiel Erwachsener. Ist, zusammengetragen, all das, was in Berlin an Tollheit vorhanden ist...

Die ernste Seite.

Das also ist der Anschauungsunterricht, den sich der Berliner selbst über Bayern erteilt. Kommt der Bayer nach Berlin — natürlich nicht ein Gegenang für den Bayernbesuch aus Berlin West...

Das neue Deutschland verlangt auch eine Republikanisierung des Volksvergnügens, eine Befreiung von schädig gewordenen alten Verkleidung und Einstellung auf rein menschliche und darum echte...

Er sah nach den Fenstern und Siebeln, um aus dem Stand der Sonne die Zeit zu sehen. Aber Grete zog ihm den Vorhang vor die Augen und richtete sich an ihm auf und stand auf den Beinen und berührte seinen Mund von unten...

„Hast du Hunger?“ fragte er und sah ihr in die großen, wellenrötlichen Augen. „Küsse mich noch einmal,“ sagte sie.

Sie sahen auf dem Tisch und sahen auf das Bild ihrer Eltern, von dem die Rose gefallen war. „Wie schöne deine Mutter ist,“ sagte er. „Du bist schön,“ sagte sie leise und selig und küßte seine zwei Daumen. Wie Kinder waren sie.

„Wir sind ehelos,“ sagte er, „unser Glück gehört uns nicht. Unser Glück kann nicht dauern. Es hat die Kraft der Reinheit nicht, die nötig wäre, damit es leben bliebe.“

Sie deckte seine Hände über ihr Gesicht und antwortete nicht.

Ein Sonnenstreif fiel ins Zimmer, gerade aufs Sofa hin. Er nahm ihren Kopf und hielt ihn so, daß der Strahl über ihr Gesicht ging. Und ihre Augen leuchteten bis in die Tiefe hinein, und ihre weiße Haut wurde rosig und blühte und lebte, ihr Haar schimmerte wie eine Krone über ihrer Stirn.

Es war ihnen, als ob der goldene Gruß eine Verklärung, die segnende Berührung einer Hand vom Himmel sei.

„Was soll aus uns werden?“ fragte er, ohne sie anzusehen. „Was wird das Ende sein?“ „Wie schön deine Stimme klingt,“ sagte sie, „sprich weiter.“ „Gib mir deine Hände,“ sagte er, „laß mich deine Hände küssen und nicht aufhören. Ist es denn wahr, daß du neben mir sitzt, und daß du mich hörst?“

Sie sahen auf dem Sofa und hatten die Arme ineinandergelegt.

Er nahm einen Säbel von der Wand, zog die Schneide prüfend durch seine Hände und setzte ihr die Klinge auf die weiße Kehle.

Sie sah es, ohne zu erschrecken, und hielt den Kopf ganz still.

„Rein,“ sagte er, „wir wollen leben.“ „Wie du willst,“ sagte sie mit träumenden Augen, „ich gehöre dir.“

Freude. Geht ihr einmal daran, bayerische Gemütlichkeit Berliner Prägung in die Kumpelstube zu werfen, wo diese am finstertesten und unzugänglichsten ist, dann habt ihr den besten Anfang gemacht und euren wirklichen Volksgenossen in Bayern den größten Dienst erwiesen.

Vom Schlafrock.

Es gibt Dinge in uns und um uns, die sich aus unserer Existenz, fortstehlen, ohne daß wir es gewahr werden. Zum Teil geistiger Art, ihren Ausdruck durch die Sprache findend — man erinnere sich an die törichtesten Spielereien mit Tri-Tri, an Pöchte, Plan und ähnliche Moderedensarten — zum Teil aber auch materieller Art, solche, die wir sehen und fühlen können.

Rum denkt man sicherlich: Spaß, der Krieg hat uns so manches abgezwaht, den englischen Sekt, den Kaviar, selbst den Stockfisch — aber das ist ein Kapitel für sich, das seines Chronisten noch harret, Klein, Dinge, die uns erreichbar sind, die wir aber abgestreift, erledigt haben — So der Schlafrock. Gewiß werden noch eiliche würdige Herren sich an ihrem vorkriegszeitlichen (vielleicht gewendeten) Schlafrock erfreuen, auch mögen eiliche neue „gebaut“ werden, aber im allgemeinen... Die Zeit ist vorüber, wo der Poeta laureatus die Leier stimmte:

In der Goldenen 110 sind 10 000 Schlafrocks zu sehn —

Und man sah sie wirklich, appetitlich auf die Straße hinaus-hängend, sofort „greifbar“. Heute sieht man in den Auslagen Pelze — für das Alter von dreißig Jahren eine unbedingte Notwendigkeit — und Sportkostüme, gewissermaßen der Gegensatz vom Schlafrock. Selbst Männer im reiferen Alter wickeln sich Gamaschen um und zeigen trotz der Nachwehen der Kriegskost stramme Baden, Vielleicht ändert sich der Geschmack wieder später — aber augenblicklich ist der knapp gehaltene Anzug, der für die Bauentwicklung kaum Platz bietet, Ehrensache.

Wenn das starke Geschlecht auch noch nicht auf dem Standpunkt des Schwachen steht, das „oben nichts und unten nichts“ für die Winterzeit angemessen hält, so ist es doch in erfreulicher Weise bemüht, das alte Vorurteil von dem Blüsterdasein der Deutschen zu befeitigen, und deshalb wird der Schlafrock ad acta gelegt oder von der in die Jahre kommenden Generation nicht mehr angefaßt.

Ein Schlagsahneprozeß.

Die vielfach erörterte Angelegenheit des Verkaufs der sogenannten Emulsions-Sahne durch die Firma Bolle beschäftigte wieder das Wuchergericht des Landgerichts III. Angeklagt wegen Schleichhandels bzw. Kettenhandels und Uebertretung der Verordnung vom 30. April 1921 (Sahneherstellungsverbot) waren die Milchhändler Gesche und Quitt. Die Angeklagten hatten in ihren Geschäften Sahne verkauft und, deshalb angeklagt, in dem ersten Termin angegeben, sie hätten die Sahne als sogenannte Emulsions-Sahne von der Firma Bolle bezogen, die diese mit Genehmigung des Milchamts verkaufe. — Der Staatsanwalt beantragte seinerzeit selbst die Freisprechung, während das Gericht es für notwendig hielt, diese Angelegenheit im Interesse der sehr im argen liegenden Berliner Milchversorgung weiter aufzuklären. — Mit Rücksicht darauf, daß sich inzwischen herausgestellt habe, daß die sogenannte Emulsions-Sahne aus Milchpulver und reiner Butter bestehe, die ganze Herstellung der Emulsions-Sahne an sich also lediglich eine Umgehung des Gesetzes darstelle, beantragte Staatsanwalt Dr. Rothmann jetzt die Verurteilung der Angeklagten zu Gefängnis- und Geldstrafen. Das Gericht kam zu einer Freisprechung der beiden Angeklagten. Auf Grund der Beweisaufnahme sei als nicht widerlegt anzusehen, daß die von den Angeklagten verkaufte Sahne von der Firma Bolle bezogen worden sei. Das Gericht sei nur davon ausgegangen, daß die Firma Bolle und das Milchamt der Ansicht gewesen war, daß die Emulsions-Sahne ein Produkt gewesen sei, auf das die Verordnung vom 30. April vorigen Jahres nicht Anwendung finde. Sei dies der Fall, so müsse man auch den Angeklagten den guten Glauben zusprechen.

„Bist du glücklich?“ fragte sie leise. „Tu auch?“ fragte er.

Als sie jeden einzelnen seiner Finger küßte, klopfte es an die Tür, leise, wie fragend. Die Wirtin war es. Er antwortete nicht, und Grete rückte enger an ihn.

„Mein Weib du,“ sagte er. „Mein Gatte und Gebieter,“ sagte sie.

Sie hatte die Augen geschlossen. — Schließ sie? Er beugte sich mit seinem Gesicht über das ihre. Er konnte seine Augen nicht wegwenden von dem jungen Mädchen-gesicht da mit seinem unbeschreiblichen Uebererdenschimmer von Glück.

Sein Herzschlag schlug ihm bis an die Junge. Es war ein Jubel in ihm, nicht ein Jubel, der sich stürmend auf die Rippen drängte, der die Beine durch das Zimmer jagte und die Arme hob — ein Glückjubel, der tief in ihm strömte, freisend, wirbelnd, der ihm einen Schleier vor die Augen breitete, der ihm in Stirn und Backen glühte und bis ins Braun der Waden zu wehen schien — ein Jubel, der nichts mehr sehnte, der nichts rief, was hoch weit war, der in herzlichster Seligkeit die Lippen geschlossen hielt.

Er nahm ihr langes Haar und zog es durch die Hände. Er legte es ihr unters Kinn, um den starken Nacken herum, holte es auf der andern Seite wieder hervor und zog es leise an.

Schließ sie? Er zog die Schlinge immer fester an. Ihr Gesicht rödete sich, er hörte sie schlucken. Er atmete nicht und zog fester an. Da schlug sie die Augen auf. „Küß mich doch,“ sagte sie.

„Bist du glücklich?“ fragte er wieder. „Du bist’s!“

Sie sahen, an die Wand gelehnt, Arm in Arm und sahen der Nacht zu, die sich über das Zimmer legte.

Draußen brannten die Laternen. Sie sahen zur Decke und sahen, wie da das ganze Leben der Straße in Schattenschildern vorüberleuchte. Jetzt ein Wagen, dann Kinder, dann zwei, die sich im Arm hielten, und Hofen der Männer und Röcke der Frauen. Und alle standen auf dem Kopf.

(Schluß folgt.)

Besucht die heutigen Mitgliederversammlungen recht zahlreich!

Veränderte Straßenbahnlinien.

Das städtische Verkehrsamt hat, wie schon kurz mitgeteilt, dem Polizeipräsidenten einen ausführlichen Antrag auf Genehmigung zahlreicher Linien- und Fahrplanänderungen eingereicht. Diese stützen sich auf die sorgfältig durchgeführte Beobachtung des Verkehrs und erstreben den Zweck, mit geringeren Kosten eine bessere Bedienung des Verkehrs durchzuführen. Die Berliner Straßenbahn führt in der dem Polizeipräsidenten überreichten Liste 45 Linien- und Fahrplanänderungen auf, von denen wir hier die wichtigsten wiedergeben.

Die Linie 51 (Rantow—Wilmersdorf, Kaiserplatz) soll von der Rantow-Luther-Strasse ab mit jedem 2. Wagen im 30-Minuten-Verkehr nach der Siedlung Lindenhof unter der neuen Liniennummer 151 und mit dem anderen Wagen unter der alten Liniennummer durch die Kubensstraße nach Friedenau bis zum Auguste-Viktoria-Krankenhaus geführt werden. Von der Kubensstraße wird die Linie 60 fortgenommen und an Stelle der Linie 61, die bis zum Warburgplatz zurückgezogen wird, durch die Haupt-, Rhein- und Bismarckstraße bis zur Ede Bergstraße in Steglitz geführt. Die Linie 71 (Richterberg—Schöneberg, Warburgplatz) wird bis Friedenau, Friedrich-Wilhelm-Platz verlängert. Sonntags wird diese Linie nur zwischen Richterberg und Spittelmarkt betrieben. Die Linie 108 (Eckstraße—Richterberg) soll im Zuge der Frankfurter Allee bis Friedrichsfelde weiter geführt und mit der dort endigenden Linie 95 (Friedrichsfelde—Johannisthal) zu einer seit langem erstrebten Durchgangslinie vereinigt werden. Die Linie 113 (Hermannplatz—Moabit) soll auf dem Wege über Alt-Moabit, Hansaplatz, Großer Stern, Bülowplatz, Königgräber Straße, Hallesches Tor, Urbanstraße zu einem Ring geschlossen werden. Dadurch wird die fehlende Verbindung des Stadtteils am Virchow-Krankenhaus mit dem Hansaplatz, Bülowplatz und dem Halleschen Tor hergestellt. Linie 17 wird dann eingezogen. Die Linie 87 (Stadtpart Steglitz—Trepfen, Ringbahn) wird bis zur Schleifens Brücke zurückgezogen und dafür die Linie 83 (Friedenau—Schleifens Brücke) bis Trepfen, Ringbahn verlängert. Die Linie 89 (Kreuzberg—Zoologischer Garten) soll von der Kaiser-allee ab anstatt bis Bahnhof Zoo auf dem Wege der Linie 62 bis Charlottenburg, Stuttgarter Platz geführt werden. Linie B (Königsplatz—Mozartplatz) soll bis zum Götter Bahnhof verlängert werden als Ersatz für die außer Betrieb befindliche Linie 98 auf ihrem östlichen Teil. Linie U (Heerstraße—Kupfergraben) soll durch den Lindenunnel, Französische Straße, Köpenicker Straße, Alexanderplatz, Friedrichshagen, Kniprodstraße bis Ede Elbinger Straße als Linie 75 weitergeführt werden, dadurch wird die Linie 80 erheblich. Mehr oder minder erhebliche Fahrplanänderungen sind schließlich auf 18 Linien an Sonn- und Feiertagen beantragt worden, weil der Sonntagverkehr erhebliche Zuschüsse erfordert. Es handelt sich hierbei aber nur um solche Linien und Strecken, auf denen andere Verbindungen noch bestehen, die zur Bedienung des Verkehrs ausreichen.

Um eine Buße.

Zwölfstündiger Markt auf Irrwegen.

Werkwürdige Schicksale einer Wohlthätigkeitspende bildeten den Mittelpunkt einer Anklage wegen Urkundenfälschung, die den Bankbeamten Kurt Schmidt vor die Strafkammer des Landgerichts I führte.

Der Angeklagte war bei einer hiesigen Großbank als Korrespondent angestellt, die wohl keine Ahnung davon hatte, daß er schon schwere Verbrechen aufzuweisen hatte. Er wurde dort eingestellt, nachdem er aus dem Felde, wo er Offizier geworden war, heimgekehrt war. Eines Tages spielte sich folgende Szene ab: Der Angeklagte kaufte sich in einem Hutgeschäft am Alexanderplatz einen Hut. Zu demselben Zweck besah sich ein Fabrikbesitzer K. aus Rheda in Westfalen in dem Laden. Der Angeklagte bezichtigte diesen, daß er einen Hundert markigen, den er auf den Ladentisch gelegt habe und der plötzlich verschwinden sei, in einem günstigen Augenblicke weggenommen habe. Es kam darüber zu einer sehr heftigen Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Angeklagte von Herrn K. mit stark beleidigenden Worten bedacht wurde. Die Szene endete damit, daß der Angeklagte einen Schutzmann herbeiholte, die Persönlichkeit des Zeugen feststellen ließ und ihm außer einer Strafanzeige auch eine Privatklage wegen Beleidigung androhte. Dem Zeugen war die ganze Sache höchst unangenehm und er schloß mit dem Angeklagten einen Vergleich bei dem Syndikus seiner Gesellschaft ab, worin er sich verpflichtete, an den Anklagten eine Buße von 5000 M. zu zahlen, die von diesem an das rote Kreuz zum Besten der Kinderhilfe abgeliefert werden sollten. Der Angeklagte sandte auch dem Zeugen nachher ein paar mit Unterschriften und dem Stempel einer Filiale des roten Kreuzes in der Markgrafenstraße versehene Quittungen über 2000 und 3000 M. ein, die dem Zeugen aber so verdächtig vorkamen, daß er nähere Ermittlungen anstellte, mit dem Ergebnis, daß das rote Kreuz eine solche Summe nicht erhalten hätte und der Stempel mißbraucht sein müßte. Wie die Quittungen mit dem Stempel des roten Kreuzes zustande gekommen, darauf deutet folgender Vorgang: Eines Tages war in die Filiale in der Markgrafenstraße ein Mann in einem ehemaligen Offiziersrock gekommen und hatte kurz nachher in die Sparbüchse 2 und 3 M. getan. Quittungen waren ihm darüber nicht ausgestellt worden, er hatte sich aber jedesmal auf einem Zettel den Stempel des roten Kreuzes aufdrücken lassen, angeblich, um dadurch beweisen zu können, daß er den ihm gewordenen Auftrag ausgeführt habe. Nach der Behauptung des Angeklagten habe der Vergleich ihn nur verpflichtet, die Summe einem wohltätigen Zweck zuzuwenden. Um die ganze Sache wieder in Ordnung zu bringen, habe er dafür verlangt, daß die inzwischen wirklich bei dem Verein für Verbesserungen eingezahlten 5000 M. von dort dem roten Kreuz zugewiesen wurden. — Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für den Fälscher und beantragte ein Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof vertagte die Verhandlung zur weiteren Beweiserhebung.

Wie die Nationalisten einen „politischen Mord“ aufdecken

Am 20. Februar war der Eisenbahnsekretär Georg Joneleit plötzlich spurlos verschwunden. Niemand konnte sich das Verschwinden des Beamten erklären, außer der „Deutschen Tageszeitung“, die merkwürdigerweise sofort mußte, daß Joneleit, der deutschnational war, einem politischen Verbrechen zum Opfer gefallen war, denn sie schrieb: „Man nimmt an, daß er (Joneleit) ein Opfer seiner politischen Heberzeugung geworden ist, denn die radikale Beamtenschaft war ihm feindlich gesinnt.“ Diese unerhörte Behauptung hat die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Anwärter veranlaßt, genaue Nachforschungen anzustellen, und da ergab sich, wie sie uns mitteilt, folgendes: Joneleit war am 20. Februar nach Seegefeld gefahren, ist von dort mit dem letzten Abzug in stark angegriffenem Zustande zurückgefahren und so auf dem Behälter Bahnhof eingetroffen. Dort nahmen sich einige Beamte seiner freundlich an und wollten ihn zur Erholung in einen Raum geleiten. Er rief sich aber los und rannte davon, die Haltestelle entlang. Dort ist er von einem Schrankenwärter noch gesehen und erkannt worden. Der Wärter versuchte, ihn nach Hause zu schicken, da er schon an seinem Haus vorbeigegangen war. S. hat aber dem Wärter gesagt, sein Weg gehe noch weiter. Bald darauf erzählten

zwei Personen dem Bahnwärter, daß sie jemanden in den Nordhofen haben springen sehen. So ist also der Unglückliche zweifellos ein Opfer seiner eigenen Unvorsichtigkeit geworden. Das stilles Bemühen unserer Beamtenschaft ist heute noch genau so intakt wie vor dem Kriege. Es ist also ein unverantwortliches, geradezu verwerfliches Beginnen des agrarischen Blattes, mit der sinnlosen Verdächtigung eines politischen Mordes zu operieren.

Die Saboteure im Provinziallandtag.

Wie wir bereits gestern mitteilten, haben die Rechtsparteien des Provinziallandtages unter Führung des bekannten Herrn v. Oppen einen Vorstoß unternommen, die gesamten Wahlen für den Provinziallandtag für ungültig zu erklären. Die Art und Weise, wie die Reaktionen aller Schattierungen von den Deutschnationalen bis zum Zentrum die praktische Arbeit sabotieren, zeigt so recht das Nationalistenbedürfnis und die Herrschaftsgelüste dieser Arbeitsgemeinschaft, genannt bürgerliche Fraktion. Nachdem der Wahlprüfungsausschuß in seiner Sitzung vom 19. Dezember 1921 gegen eine Stimme die Wahlen für gültig erklärte und zum Berichterstatter den Hrn. Stellmacher, Fürstentum bestimmt hatte, erklärte dieser Herr vor einigen Tagen plötzlich dem Kommissionsvorsitzenden, aus Gewissensbedenken heraus die Berichterstattung abzulehnen zu müssen. Der Vorsitzende lehnte die damit nachgesuchte Entbindung von der Berichterstattung als unzulässig ab. Ein Wahlprotest liegt nur aus dem Kreise Guben-Land vor, wo eine größere Anzahl Wahlvorsteher deutschnationaler Gesinnung die Wahlhandlung vorzeitig geschlossen haben. Dieses Wahlvergehen war den Reaktionsreife Veranlassung genug, alle Wahlen für ungültig erklären zu lassen. Zwei „Juristen“, Dr. Ueberdunk-Roßdorf und Justizrat Schindl-Frankfurt a. d. O. versuchten ihre Unkenntnis des Wahlgesetzes dadurch zu beweisen, indem sie behaupteten, da die Listen für den ganzen Wahlbezirk eine Verbindung hätten, müßten bei Verstößen in einem Kreise alle Wahlen für ungültig erklärt werden.

Trotzdem der Wahlkommissar, Landesgenobitus Gerhardt, in der Kommission erklärt hatte, daß nur geringfügige Verstöße vorgekommen sind, die das Gesamtergebnis nicht beeinflussen, wollten die Herren ihrem Nationalistenbedürfnis Rechnung tragen. Die Genossen Kiefert, Höhnchen und Kauch wiesen den Herren nach, daß erstens nur ein Protest aus einem Kreise vorliegt, der niemals die Ungültigkeit aller Wahlen nach sich ziehen könnte, zweitens müßten bei solchen juristischen Spitzfindigkeiten auch die Wahlen für die Kreisstadt, wie für das Preußenparlament, da diese auf demselben Stimmzettel gewählt wurden, für ungültig erklärt werden, drittens habe selbst im Dezember den Bürgerlichen noch der Gehalt der Ungültigkeit fernzulegen. Die Wahlen werden von uns bei dem heute herrschenden Kaffeehauswahn und der Steuerflucht der bestehenden Agrarier durchaus nicht gefördert. Wir wünschen aber auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit zu verbleiben, den die bürgerliche Fraktion mit ihren Kandidaten und Jüngern verlassen hat.

Die nächste Sitzung am Mittwoch sieht als ersten Punkt wieder den Bericht der Wahlprüfungskommission vor. Da die linke Seite inf. Demokraten nur über zwei Stimmen Majorität verfügt, muß man auf den Ausgang der von der Rechten inszenierten Komödie gespannt sein.

Prüfungstermin im Röhn-Konkurs.

In dem letzten vor dem Amtsgericht Schöneberg stattgehabten Prüfungstermin der Gläubigerforderungen, in dem es sehr lebhaft zugeht, waren außer einem Teil der Gläubiger und deren Vertretern, der aus der Untersuchungsamt vorgeschickte Gemeindefürsorge Rat Röhn anwesend. Der Konkursverwalter Schubert erstattete den Bericht, aus dem u. a. hervorging, daß die Villa in der Freiherren-vom-Stein-Straße an den Vorbesitzer habe zurückgegeben werden müssen. Dagegen sei das Gut in Neuhoß verkauft worden. Der Röhnfall hatte noch der Vermutung, zu der Erklärung des Konkursverwalters, daß er die Forderungen der Einleger erkennen wolle, nahm Rechtsanwalt Georg Larnowski scharf Stellung und betonte, daß er es als Pflicht des Konkursverwalters erachte, diese unumschränkten Forderungen, deren Rechtsbeständigkeit außerordentlich zweifelhaft sei und die das Rückgrat des Konkurses bilden, zu streifen. Sehr wichtig war der Antrag des Rechtsanwalts Larnowski, dem Konkursverwalter eine Sicherheitsleistung aufzuerlegen wegen der möglichen Negativsprüche, welche Röhn eventuell gegen ihn geltend machen werde. Neuer Termin wurde auf den 19. Juni anberaumt.

Modern und bequem.

Der neue Wagentyp der Nord-Südbahn.

Wie wir bereits mitteilten, beschäftigt die Stadt Berlin zum Betrieb der Nord-Südbahn einen neuen Schnellbahnwagentyp zu schaffen, der die Nachteile der bisher beim Betriebe von Stadtbahnlinien verwendeten Wagentypen nach Möglichkeit vermeidet. Zu diesem Zwecke hat das Verkehrsamt der Stadt Berlin vor einiger Zeit eine Reihe von Untersuchungen und Vergleichen zwischen den Betriebsmitteln der größten Weltstädte und den Berliner Wagen angestellt und hat dann die Vorarbeiten für einen neuen Wagentyp beendet. Ein Wagen dieses neuen Schnellbahnwagens, der als Versuchswagen erbaut worden ist, geht seiner Vollendung entgegen. Abweichend von den bisher in Berlin üblichen Schnellbahnwagen wird er mit einer größeren Anzahl von Türen ausgerüstet werden, die einen schnelleren Wechsel der Fahrgäste auf den Stationen ermöglichen. Im Wageninnern werden neben den bisher üblichen Pannensitzbänken eine Reihe von Quersitzen angebracht werden, die eine übersichtliche Unterteilung des Wagens in Einzelabteile mit permehnten Sitzplätzen zur Folge haben werden. Der Wagenkasten wird etwas breiter werden als der bisherige Untergrundbahnwagen, so daß der neue Wagen sich für Massenandrang besonders eignet. Beleuchtung und Heizung sind elektrisch, während die Schließung der Wagentüren, die ursprünglich automatisch durch Pfeifton gesteuert war, auch in den neuen Wagen vollständig durch die Reifenden oder das Bedienungspersonal erfolgen soll.

Der „ewige Spielerprozeß“. Der glücklicherweise seltene Fall, daß ein Strafprozeß, der bei dem Schöffengericht begonnen hatte, sich drei Jahre lang durch 6 Instanzen hindurchzieht, beschloß kürzlich das Moabit Landgericht. Der zur Anklage stehende Fall des Rinds „Centurio“ hat seinerzeit großes Aufsehen erregt, da der dort herrschende eigenartige Betrieb wiederholt öffentliches Verlangen erregt hatte. Um den Schiefern, die in dem Klub hunderttausende verpielten, auch eine kleine Abwechslung zu bieten, fanden dort Raktanz und im Anschluß daran Orgien schlimmster Art statt. Das Schöffengericht hatte die Veranlassung seinerzeit beurteilt und die Strafkammer das Urteil bestätigt. Auf die Revision der Verteidiger hob das Kammergericht das Urteil auf und verwies die Sache an eine andere Strafkammer. Wiederum legten die Verteidiger Revision ein und erreichten damit, daß das Kammergericht tatsächlich zum zweitenmal das Urteil aufhob und die Sache wieder an eine andere Kammer zurückverwies.

Deutsches-Süddeutsche Klassenlotterie. Die Zeit zur Erneuerung der 4. Klasse bei den staatlichen Lotterien-Einnahmen läuft bei Verlust des planmäßigen Zulpruchs heute Mittwoch, den 8. März, abends 6 Uhr ab. Am Dienstag, den 14. März, beginnt die Ziehung 4. Klasse.

In die Eltern der Schulkinder der 6. Gemeindefschule. Der Elternbeirat der 6. Gemeindefschule beschloß in seiner Sitzung vom 16. Februar einstimmig, eine Elternversammlung abzuhalten. Die große Mehrheit des Lehrerkollegiums weigert sich, zu dieser Versammlung durch die Kinder einzuladen und will dadurch eine Elternversammlung unmöglich machen. Aus diesem Grunde laden wir zu dieser Versammlung auf diesem Wege ein. Die Elternversammlung der 6. Gemeindefschule findet am 9. März, abends 7 Uhr, in der Schulaula Lütticher Str. 47/48 statt. 1. Vortrag: „Die weltliche Schule und das Verhältnis zwischen Elternbeirat und Lehrerkollegium.“ Referent: Lehrer Schumy. 2. Aussprache. Angeichts des Verhaltens der Lehrerschaft ist ein Wahlenbeizug der Elternschaft notwendig.

Die Festnahme einer achtköpfigen Einbrecherbande, die seit längerer Zeit die Paneeböden im Brandenburger-Tor-Striertel und im Moabit bis nach Charlottenburg hinein ausplünderte, ist der Kriminalpolizei jetzt gelungen. Den Verhafteten konnten bereits 60 Wadeneinbrüche nachgewiesen werden.

Absturz eines Postflugzeuges in Staaken. Gestern nachmittag gegen 4 1/2 Uhr stürzte das Postflugzeug Nr. 26 der deutschen Luftreederei Staaken kurz nach dem Aufstieg mit drei Personen unweit des Flugplatzes aus einer Höhe von 10 Meter in die Tiefe. Einer der Passagiere trug Verletzungen am Kopfe davon, der Führer des Flugzeuges eine Verletzung des linken Oberarms. Die beiden anderen Passagiere sind unverletzt geblieben. Das Flugzeug sollte nach Leipzig fahren. Die Fahrt muß natürlich aufgegeben werden, da das Flugzeug sehr stark beschädigt worden ist.

Lufterpöpfung in Keutßen. Infolge gesteigerter Unkosten wird der Preis für die Eisenbahn vom 6. d. M. ab auf 1 M. je Portion erhöht. In Fällen festgestellter Bedürftigkeit kann ausnahmsweise die Bezahlung in der bisherigen Höhe (0,40 M.) auch weiterhin zugelassen werden.

Genosse Pfarrer Dieler, dem wieder seitens seiner kirchlichen Behörde verboten worden ist, eine Reise ins Waldenburger Revier anzutreten, wo er für die weltliche Schule sprechen sollte, hält am Sonntag, den 12., abends 6 Uhr, eine religiöse Feiern in der Trinitatiskirche in Charlottenburg ab.

Bezirksbildungsausschuß. Heute abends 7 1/2 Uhr in der Aula der Sechsten Schule, Weinmeisterstr. 16/17, 6. Abend der Vortragsreihe: „Die weltliche Gemeindefschule.“

„Einwanderung und Siedlung in Brasilien.“ Ueber dieses merkwürdige interessante Thema spricht am 16. d. M., 7 Uhr abends, in der Aula der Handelsschule der brasilianische Bundeskonsul Herr Dr. Gaeiger-Mello.

Mieder-Orient-Express Calais—Konstantinopel. Die in Paris befindliche Generaldirektion der Internationalen Eisenbahnschloßwagen- und Großeuropäischen Luxusgesellschaft hat beschlossen, in den nächsten Tagen ihre Züge bis auf wenige wieder in Dienst zu stellen. In Rehl wird eine Inspektion errichtet werden, die nur deutsches Personal beschäftigen wird. Als erster Zug wird der Orient-Express-Luxuszug Calais—Paris—Konstantinopel durch Rehl fahren und Johann über Karlsruhe, Stuttgart, München und Wien weitergeleitet werden.

Berliner Varietés.

Im Apollo-Theater ist der jähliche Komiker Paul Beder wieder eingetroffen, diesmal mit einer eigenen Gruppe. Er sollte eine reizvolle Burleske spielen, sie geriet aber nur mittelmäßig. Der heute leider ausfallende Al. Scheidt der lustigste an ihm, denn da sollte Beder als iranische Tänzerin auftreten. Man müßte denartige Witzungen dem Publikum aber anseigen. Beder, eine Art deutscher Chaplin, macht seine Sache aber in einer Doppelrolle, ganz toll. — In neuer, in Licht und Farben so schön illuminierte Halle der Hausballettmeister Dianniel das schon früher hier gegebene Ballett „Der Kussberg“ wieder heraus, gemittelt ein Stück aus Richard Wagner's „Lohengrin“, herausgeschickelt und für das Apollo-Theater zurückgeschickt. Sprechtheater hat dieses Ballett nicht geschickelt. Von dem Spezialisten ist der Kapellmeister der Apollo-Theater aus freilichem Willen als besonders lobend und elegant erachtet. Der männliche Chor ist überraschend schön gebaut. Auch der „Kussberg“ hat heute seinen Sturzgang gemacht. Außerdem noch die dreifache und vier arbeitende fommigen Orchesters-Orchester.

Im Wintergarten sind mit Maxens breiteren Seidmen und Treilles jaremehem Hund gute Bekannte eingeführt, deren Können bewährt ist. Die vier Duaneils erzeugen mit ihrer deutschen und höchsten Fertigkeit des Degen's Leibes. Niemand sind die geschicklichen und weit abstrichenden Gleichmüßer Kiesel. Der hundertfünftler Sie me bringt noch nicht Neues, verliert aber durch unglückliche Sicherheit. Die japanischen Gaukler Kituzak zeigen wieder in der Fortertrachtbarkeit die tolleste Kaspergeheimnisse ihrer Klasse. Die Kommen aus dem Mahmen eines Weltabenteurers hat jedoch der Minister Uman. Sie ein paar Worte umbringen und behaupten, was sei der und der, ist eine „Acht“, die heute ebenfalls noch auf Vorhabensvariétés, Bühnen der Varietés spielen kann. So zeigte er einem jählich ausbrechenden Dilettanten und behauptet, daß er Sultan Koffe. Um dem Detail herauszufinden, bringt er zum Schluss den „jählichen Kasper“ mit dem Kasperhelfer. Das Publikum hat. Der Wintergarten sollte aber nicht vergessen, daß er kurz ein neues Kommen zu verliert hat. Was gleich darauf der Kommen mit der Sechtheit“ auf der Bühne erzieht, da konnte man auf den besten Schachern kommen, daß das die Folgen der unmaßlichen Darstellungen waren. Der sich so nennende Dilettant am freilicheren Leiter der beiden Vorträge aber wurde mit großer Ehranour und höchster Demut durchgeführt. — Die Apollo-Theater in eine Kellere der jählichen Berliner Wadensbühnen, was verliert nicht nur, warum das Publikum hat noch zahlen muß. Die können jählichen, überlegenen Schachbühnenpositionen aus Brot, Erde, Belmter und Samt erzeugen den euklidischen Bedarf aller Varietés. Eine Schau für Millonäre, Schieber und Halbschick. Innerhalb der Apollo-Theater zeigte und zeigte das Apollo-Theater-Markete brillant.

Die Scala bringt im März ein Programm, das durch eine gewisse Gleichförmigkeit in der Zusammenstellung überfällt. Die Grip-Grip-Gruppe und die Neben-Kantons (genießt beide in ihrer Art sehr gut) zeigen abwechselnd fast die gleichen Leistungen, den famelischen Einmalig abgerechnet gehören auch die fünf Eintritte zu dem Werke. Als original auf der Varietésbühne ist registriert Hoff mit seinen drei musikalischen Eintritten. Höhepunkt ist der Russe Gharvillo mit seinen trefflichen Längeln, der die gute Schule des berühmten russischen alten Balletts dem neuen Tanzstil geliebt anzuehnen verliert. Das Abteil von Hohen ist ein höchlicher „Komiker“, der das hier sehr zahlreich vertreten nationalitätliche Publikum durch die aburtheilenden Scherzreden zur Verhöhung der Republik erzieht. Republikanismus gestimmte Scherze sollten sich das müssen.

Sport.

5000-Mark-Weißhäger werden in Zukunft sowohl im Grunde als auch in der Art sehr aufgemacht. Das ist ein trauriges Zeichen unserer Zeit, nämlich zuerst einmal für unsere furchtbare Selbstwertung und zweitens für die französische Weltlust, die keine Grenze ertrifft hat. — Von der Obersten Behörde für Trabrennen und Rennen sind für dieses Jahr an Ausnahmefälle betreffend an Herzhofener 159, Veruzjäger 163, Tramer 114 und Verlinge 9. Hierdurch ist gegen das Vorjahr eine Zunahme der Beteiligung festzustellen. — Sowjet-Rußland führt jetzt wieder Pferde rennen ein, und zwar sollen die ersten auf der Petersburger Bahn abgehalten werden, die bereits instand gesetzt wird.

Arbeitersport.

Der Arbeiter-Sportklub hat am 12. April 1922 ein Sportfest, das 9. März, 7 1/2 Uhr, in der Aula des Gewerkschafts, Steglitz, durchgeführt, ein ständliches Sportfest ab. Teilnehmer: Arbeiter-Sportklub, Arbeiter-Sportklub für Jugendherbergen. Besten, sein durch zahlreiches Besuch der Veranstaltung, daß auch die Teilnehmer des Sportfestes mit Bezug auf die Körperhaltung gut Jugend nicht gleichgültig sind.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 2. Kreis-Tagesrat. Der Kurier des Altersvereins und der 'Neuen Schöngarten' ...

Heute, Mittwoch, den 8. März:

- 14. 10. Die Jubiläumsgemeinschaften ...
- 15. 11. Die Jubiläumsgemeinschaften ...
- 16. 12. Die Jubiläumsgemeinschaften ...

Morgen, Donnerstag, den 9. März:

- 17. 13. Die Jubiläumsgemeinschaften ...
- 18. 14. Die Jubiläumsgemeinschaften ...
- 19. 15. Die Jubiläumsgemeinschaften ...

Veranstaltungen. Gruppe 'Friedensarbeit' ...

Jugendveranstaltungen.

Heute, Mittwoch, den 8. März: Vorkurs: Jugendheim ...

Die Kreise 'Friedensarbeit' und 'Wohlfahrt' ...

Suppenkochen! Besucht unsere Ausstellung ...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Internationale Nacht der Kritiker. ...

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fische ausreichend. ...

Wirtschaft

Die deutsch-russische Industrieausstellung in Moskau.

Die Sowjetregierung gibt sich alle erdenkliche Mühe, um die geplante Ausstellung zu einem Erfolge werden zu lassen.

Die Moskauer Stadtverwaltung stellt die erforderlichen Räume der deutsch-russischen Ausstellung 1922 zur Verfügung.

Die deutsch-russische Ausstellung in Moskau erhält von der Räteregierung das Privilegium der Exterritorialität.

Sprunghafte Preissteigerung für Textilstoffe und -fabrikate.

Die Preise für Baumwolle, Garne und Gewebe sind im Monat Februar, wie wir den im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe zusammengestellten Berichten preussischer Handelskammern entnehmen, entsprechend der Marktentwertung und der Erhöhung der Arbeitslöhne ständig gestiegen.

Auch Köln veranstaltet Messen. Nach dem Vorbilde von Frankfurt, Königsberg und Breslau will auch die Stadt Köln eine Messe, und zwar erstmalig im Frühjahr 1923 veranstalten.

Erhöhung der Brotpreise in Wien. Die Brotpreise in Wien sind neuerlich erhöht worden. Der Laib Brot kostet heute 544 Kronen, während er bisher 480 Kronen gekostet hat.

Weiterbericht bis Donnerstag mittag. ...

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus Tosca, Schauspielhaus Don Carlos, Deutsch. Theat. Ein Trauerspiel, Kammerstücke, Dr. Schauspielh., Komödienhaus, Karussell, Berliner Theat., Elger von unsere Leute, Residenz Theat., Kleine Theater, Admirals-Palast.

Komische Oper 7/8. Letzter Monat Die große Revue Der Herr der Welt.

Russ.-Deutsch. Theater Der blaue Vogel.

Theater d. Ostens Für tot erklärt.

Goron-Deulig-Exklusiv-Film Der Brennende Acker. Verfasser: Willy Haas, Thea von Harbou, Arthur Rosen. Regie: F. W. Murnau.

8 Quantzen Variete im Tauentzien-Palast.

Philharmonie Wagner-Abend.

Casino-Theater Familie Gänselein.

Apollo Theater. Naturalistisches Ballett Der Venusberg.

Circus Busch.

Wandelin.

Heitere Spiele. August Sattler.

Die Ohrfeige von Max Brody.

Uranium.

Hain der Wilson.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsbüro Berlin N 54, Lindenstraße 83 85.

Freitag, den 10. März, nachmittags 5 Uhr.

Verammlung

aller Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den Betrieben des Berliner Kunstgewerbes beschäftigt sind.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen.

Wichtige! Künftig!

Stemmer und Kesselschmiede, Donnerstag, den 9. März, abends 7 Uhr.

Verammlung

aller Stemmer und Kesselschmiede.

Tagesordnung: Stellungnahme zum Schlichteramt.

Handwuschseife

Sofort rein! reinigt die Hände von Fett, Lack, Farbe, Tinte.

Osai-Ges. m. b. H., Berlin-Oberschlesische, Ostendestraße 14.

Handwuschseife, sofort rein! reinigt die Hände von Fett, Lack, Farbe, Tinte.

Osai-Ges. m. b. H., Berlin-Oberschlesische, Ostendestraße 14.

Handwuschseife, sofort rein! reinigt die Hände von Fett, Lack, Farbe, Tinte.

Osai-Ges. m. b. H., Berlin-Oberschlesische, Ostendestraße 14.

Handwuschseife, sofort rein! reinigt die Hände von Fett, Lack, Farbe, Tinte.

Osai-Ges. m. b. H., Berlin-Oberschlesische, Ostendestraße 14.

Mitg. Ortsvereine

Geschäftszeit von 8 1/2 bis 7

Peek & Cloppenburg

Berlin C, Gertraudenstraße 25-26-27

Fertig am Lager: Blaue und marengo

Einsegnungs-Anzüge

aus besseren Stoffen in vornehmer Ausführung

Eigene Herstellung

Verkauf nur gegen bar

Kein Rabatt

Gleiche Preise für jeden Käufer

P. Raddatz & Co.

Berlin W, Leipziger Str. 122-123



Teppich-Kehmaschinen

bestes deutsches Fabrikat, auch mit verstellbarer Bürste und Kegelgänger.

Staubsaug-Apparate

für Hand- und elektrischen Betrieb

Kein Zwischenhandel, Silber-, Platin-, Gold-, Double-Sachen

Przybylski, Krassauer Straße 10

Advertisement for Peek & Cloppenburg, featuring a large illustration of a man in a suit and text about ready-made suits.

Advertisement for P. Raddatz & Co. featuring illustrations of a carpet machine and a vacuum cleaner.

Advertisement for Trauringe (Wedding Rings) by Trauringefabrik G. Albert Thal, featuring a large illustration of a ring.



Allen voran, beim Einkauf von Brillanten, Platin, Gold- u. Silber-Bruch.

Juwelier H. Wiese, Artilleriestraße 30, 5 Minuten vom Bahnhof Friedrichstraße.

Zahngelbte, alte und zerbrochene, bis 5000,- per Zahn.

Korpulenz - Fettleibigkeit, Dr. Hoffbauers, Entfettungs-Tabletten.

Kleine Anzeigen

A large grid of small advertisements for various services including real estate, legal, medical, and general business notices.